

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 2-spaltige Zeile 1,80 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2045. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 2200.

Nr. 244

Mittwoch, den 19. Oktober 1921

12. Jahrgang

Noch immer Beratungen.

Schwierigkeiten der Durchführung der Entscheidung.
Paris, 18. Okt. Wie Vertinax im „Echo de Paris“ mitteilt, wird die Botschafterkonferenz heute vormittag zu einer Sitzung zusammentreten. Jules Cambon hatte gestern mit dem englischen Botschafter Lord Hardinge eine Besprechung. — Sir Eric Drummonds, der Generalsekretär des Völkerbundes, ist in Paris eingetroffen. Man wird sich bemühen, in der obereschlesischen Frage innerhalb der Botschafterkonferenz ein Kompromiß zu finden. Das Blatt glaubt zu wissen, daß Frankreich einen vermittelnden Vorschlag vorlegen werde. Demgegenüber behauptet „Petit Parisien“: Sichtlich seien alle Mitglieder der Botschafterkonferenz einig, daß man die Frage der deutsch-polnischen Grenzlinie nicht von den wirtschaftlichen Empfehlungen des Völkerbundes trennen könne. Die Schwierigkeiten bestehen darin, daß der Friedensvertrag nur die Kolonialisierung der Grenzlinie vorschreibt, aber nicht die der wirtschaftlichen Maßnahmen. Im Gegenteil, der Friedensvertrag scheint einige hindernde Bestimmungen zu enthalten. Das seien technische Fragen, die geprüft werden müssen; denn es handle sich darum, ein Verfahren zu bestimmen, das sowohl legal wie wirksam sei und das gestatte, sowohl die Grenzlinie wie das wirtschaftliche Abkommen aufzuzwingen!

London, 19. Okt. (W.E.B.) Wie Reuters erfährt, haben sich die alliierten Regierungen damit einverstanden erklärt, die Vorschläge des Völkerbundes in Bezug auf Oberschlesien ohne jeden Vorbehalt anzunehmen. Sie betrachten es als von größter Wichtigkeit, daß Deutschland und Polen sich streng nach ihnen richten. Was noch der Erwägung unterliegt, ist insbesondere die Frage einer gemischten Kommission, die die Durchführung der wirtschaftlichen Vorschläge des Völkerbundes überwachen soll.

London, 18. Okt. (W.E.B.) Im Unterhause drang Kennworthy auf eine Erörterung der obereschlesischen Frage. Die Entscheidung des Völkerbundes habe zur Folge gehabt, daß die deutsche Mark um 200 Punkte gesunken sei. Er bemerkte, selbst die Franzosen gäben zu, daß die jetzige deutsche Regierung die beste sei, die Deutschland bisher hatte. Chamberlain sprach sich gegen eine Erörterung der obereschlesischen Entscheidung aus. Dies sei eine Entscheidung des Völkerbundes, an die alle Verbündeten sich zu halten verpflichtet seien.

Wirth oder Ludendorff.

Aus Berliner politischen Kreisen wird uns geschrieben: Die deutschmonarchistische Presse sucht nach wie vor die höchst unerfreuliche Lage der deutschen Republik im üblen Sinne der Parteidemagogie und Parteiagitation auszuhebeln, ohne sich um die Folgen einer solchen „Politik“ zu kümmern. Wer eine Regierung beistimmen will, muß sich darüber klar sein, wen er an ihre Stelle zu setzen gedenkt. Glauben die Deutschnationalen wirklich, daß etwa ein Kabinett der Rechtsparteien, an dessen Spitze vielleicht Stresemann das Portefeuille eines Reichskanzlers, Herzig das eines Außenministers und Helfferich das eines Finanzministers inne hätte, eine Autorität im Auslande erringen würde, die dem demokratisch-sozialistischen Kabinett verlagert blieb? Es ist eine Dreifaltigkeit, die selbst in der Geschichte der Konservativen einzig dasteht, zu verlangen, daß diejenigen, die uns in die gegenwärtige Situation hineingerissen haben, aus neue die Leitung der Republik übernehmen sollen, der sie als schärfste Feinde gegenüberstehen. Eine oberflächlichere Darstellung als die Behauptung, Wirth habe die Abreise Obereschlesiens verschuldet, ist nicht denkbar. Verschuldet haben die Abreise Obereschlesiens dieselben Männer, die den Versailles Vertrag auf dem Gewissen haben, und die durch rückwärtsloses Babanquespiel für Deutschland den Weltkrieg verloren. Wirth oder Ludendorff einer der Hauptschuldigen an der deutschen Katastrophe ist, sollte man mit freundlicher Geste seinen politischen Freunden die Ministerfessel einräumen?

Die deutsche Politik der nächsten Wochen kann sich, wenn nicht ganz unvorhergesehene Ereignisse eintreffen, nur in folgenden Richtungen bewegen: Es ist eine natürliche Folge des Beschlusses des Völkerbundes, daß das Kabinett Wirth dem Parlament als der verfassungsmäßigen beruflichen Vertretung des ganzen deutschen Volkes die Mission anbietet. Es ist jedoch ebenso selbstverständlich, daß eine politische Notwendigkeit, daß die demokratische Mehrheit der Reichstages dem Kabinett ihr Vertrauen ausspricht und es auffordert, weiter die Geschicke des Volkes zu lenken. Für das Kabinett Wirth gibt es keine Schulfrage. Die ist an ganz anderer Stelle zu suchen und zu finden. Mögen sich diejenigen, in deren Nähe wir die

Schuld an der Katastrophe wissen, davor hüten, aufs neue eine Katastrophenpolitik zu betreiben, die Deutschland um den letzten Rest seines innen- und außenpolitischen Ansehens bringen müßte. Wenn es überhaupt einen Lichtschimmer in dieser ernsten Zeit gibt, so rührt er von der Hoffnung her, das Kabinett Wirth, gestärkt durch das Vertrauen des Reichstages, aufs neue aus der Krise hervorgehen zu sehen.

Nachlassen der Devisen-Spekulation?

Nachdem vorgestern der Kurs des Dollars an der Berliner Börse vorübergehend eine Höhe von 195 erreicht hatte, machte sich gestern eine Ermattung geltend, da die Spekulation sich bemühte, den erzielten Kursgewinn in Sicherheit zu bringen. Daß die vorgestrige Bewegung eine rein spekulative und anormale war, erhellt am besten aus der Tatsache, daß gestern vormittag im Verkehr zwischen den Banken der Dollar mit 165 angeboten wurde. An der Börse zog er jedoch wieder kräftig an, da man weitere Käufe von Industrie- und Handelsaktien beobachtete, die anscheinend noch nicht im Besitz der nötigen fremden Zahlungsmittel sind, um ihre ausländischen Verpflichtungen decken zu können. Infolgedessen setzte auch die Spekulation wieder kräftig ein und trieb den Kurs erneut etwa auf 187. In Börsenkreisen ist man der Meinung, daß die jetzige Bewegung weit über das durch die Verhältnisse gegebene Maß hinauszieht.

Oberschlesiens Verschacherung.

In welsch hohem Maße die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch die Abtrennung Oberschlesiens vermindert wird, ergibt sich daraus, daß die Kohlenproduktion in den an Polen fallenden Gebieten mehr als 20 Millionen Tonnen pro Jahr beträgt. Allein der Stadt- und Landkreis Ratiboritz hatte im Jahre 1920 auf 19 Gruben eine Förderung von etwa 9,5 Millionen Tonnen aufzuweisen. Hierzu kommen Königshütte-Stadt mit 2,1 Millionen Tonnen, Pleß und Rybnik mit zusammen 6,5 Millionen Tonnen, der den Polen zugedachte Teil des Landkreises Beuthen mit weit über 3 Millionen Tonnen und Tarnowitz mit etwa 1 Million Tonnen. Deutschland verliert also eine Kohlenproduktion, die ungefähr ebenso groß ist, wie die aus dem Kohlenabkommen von Spa resultierenden Lieferungen an die Entente.

Die schwersten Schäden der ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien werden sich erst im Laufe der Zeit auf sozialem Gebiet zeigen. Nach glaubwürdigen Nachrichten aus Warschau bereiten sich dort Dinge vor, die dem polnischen Staate über Nacht eine vollkommen veränderte politische Struktur, etwa nach ungarischem Muster, geben können. Die Bewohner der von Deutschland abgetrennten Gebiete gehen nicht nur des Vorteils verlustig, in einem geordneten, sozial fortgeschrittenen Staatswesen zu leben und zu arbeiten, sondern sie sind von der Gefahr bedroht, Objekt einer nationalistisch-reaktionären Gewaltpolitik zu werden. Unter diesen Umständen ist mit einer erneuten Abwanderung deutscher Elemente aus den abgetrennten Gebieten zu rechnen. Der deutsche Arbeitsmarkt, der sich gerade in letzter Zeit etwas zu erholen beginnt, kann also mit einem neuen Zustrom von Flüchtlingen rechnen.

Ein schwacher Trost ist, daß die Wirkungen des unglückseligen Genfer Fehlspruch sich nicht nur auf Deutschland, sondern auf die gesamte Weltwirtschaft erstrecken werden. Gerade englische und amerikanische Kreise haben in letzter Zeit wiederholt betont, daß eine Gesundung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nur möglich ist, wenn es gelingt, den Kurs der Mark zu stabilisieren oder zu heben. Der Kurssturz, den die Mark im Anschluß an das Bekanntwerden der Genfer Beschlüsse erlebte, wird den Kaufleuten der Londoner City, den amerikanischen Getreide- und Baumwollfarmern, Kupferminenbesitzern und Exporteuren wohl recht fühlbar geworden sein. Sie werden begriffen haben, daß das empfindliche Getriebe der Weltwirtschaft wieder von einem schweren Sabotageakt heimgesucht wurde. Auf diese Weise wird die verheerende Wirkung der perfiden französischen Politik der ganzen Welt recht deutlich zum Bewußtsein gebracht. Man hätte meinen sollen, daß die englischen Politiker, die doch im Ruf stehen, nebenher ganz gute Geschäftleute zu sein, die katastrophalen weltwirtschaftlichen Folgen einer derartigen Entscheidung der obereschlesischen Frage vorausgesehen hätten. Es scheint aber, als ob gerade im jetzigen Moment Oberschlesien für England, das man als den größten Terrainspekulanten aller Zeiten bezeichnen kann, ein sehr willkommener Austauschobjekt für französische Zugeständnisse im Orient gewesen wäre.

Unsere Finanznot und ihre Abhilfe.

Endlich hat sich der Senator der Finanzen dazu aufgeschwungen, der Öffentlichkeit ein Bild von der Finanzlage des Freistaates zu geben. Daß diese nicht rosig ist, ist hinreichend bekannt. Die Zahlen, die jedoch gestern von autoritativer Seite mitgeteilt wurden, dürften wohl selbst noch die schwärzesten Vermutungen übertreffen. Ergibt sich doch im Haushaltsplan für 1920 ein gesamtter Fehlbetrag von 98 Millionen Mark. Davon kommen 69 Millionen Mark auf laufende Ausgaben und circa 24 Millionen auf außerordentliche Aufwendungen. Ein schwacher Trost bleibt nur die vorgezeichnete Rückerstattung der verauslagten Eisenbahnausgaben durch Polen. Insgesamt betragen diese in der Zeit vom 1. April 1920 bis zur bevorstehenden Uebernahme etwa 100 Millionen Mark, von denen Polen nach der Uebergabe sofort 50 Millionen zu entrichten hat. Dem gegenüber steht die Frage der Verrechnung des Wertes des übernommenen Reichseigentums sowie der Belohnungskosten der alliierten Truppen noch offen. Es ist also nach Regelung dieser Fragen durchaus kein günstiger Abschluß zu erwarten. Mit Recht wies der Finanzsenator darauf hin, daß alles Uebel aus der gewalttätigen Schöpfung des Freistaates entspringe, den man gebildet habe, ohne ihm die genügende Finanzgrundlage zu geben. Er entrollte anschließend eine Reihe Pläne, mit denen er den traurigen Finanzen des Freistaates auf die Beine zu helfen gedenkt.

Zunächst sollen Schöpfungswesen zur Ausgabe gelangen, um flüssige Geber für die laufenden Ausgaben zu erhalten. Zur Deckung sind eine Reihe Steuererlasse in Vorbereitung. Das Haus zeigte sich jedoch von den Steuerplänen des Finanzministers durchaus nicht entzückt. Ist doch unter ihnen z. B. eine Besteuerung des Zuckers vorgezogen, die eine weitere Belastung und Verelendung der breiten Schichten mit sich bringt. Demgegenüber wurde selbst aus Kreisen linksstehender bürgerlicher Abgeordneter der Ruf nach der Vermögensbesteuerung laut. Während der Finanzminister sich über seine Steuerpläne im einzelnen ausließ, ging er um die Frage der Vermögensbesteuerung, die die nächstliegende gewesen wäre, merkwürdig schnell herum. Er meinte, daß vorerst daran nicht gedacht werden könne, da der Verwaltungsapparat der Steuerbehörde überlastet sei und die Besteuerung der Vermögen nicht durchgeführt werden könne. Später, vielleicht im nächsten Jahre, ließe sich schließlich darüber reden.

Der Volkstag wird ja noch Gelegenheit haben, zu diesen Plänen des Finanzsenators eingehend Stellung zu nehmen. Keineswegs kann er sich mit dieser hoch nicht ernst zu nehmenden Entschuldigung abfinden, daß eine Vermögensbesteuerung technisch nicht durchzuführen sei. Die angeführten kleinen Steuererlasse werden in der Durchführung sicherlich weit mehr Schwierigkeiten machen als eine durchgreifende allgemeine Vermögensbesteuerung. Auch an geschulten Kräften fehlt es unter den zahlreichen Arbeitslosen sicherlich nicht. Der Finanzsenator hat selbst die schärfere Besteuerung des Vermögens für notwendig erachtet. Möge er beweisen, daß er der tüchtige Kerl ist, für den er sonst gilt.
Wo ein Wille ist, ist ein Weg!

Maßnahmen gegen die Leuerungswelle.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der es heißt: Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft sind die Preise für alle Nahrungs- und Bedarfsmittel in die Höhe getrieben. Löhne und Gehälter sind völlig unzureichend erhöht. Die Kleinrentner verfallen immer tiefer ins Elend. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Preissteigerung der Waren deutscher Herkunft und den offen betriebenen Wucher zu unterbinden?

Der Kapp-Prozess.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig beginnt am Donnerstag, den 27., der Prozess gegen den Regierungspräsidenten a. D. Traugott v. Jagow und gegen den Vorsitzenden des Reichslandbundes Frhrn. v. Wangenheim wegen Beteiligung am Kapp-Putsch. Beide Angeklagten haben sich wegen Hochverrats zu verantworten.

Die Könige sterben aus.

Der frühere König Ludwig III. von Bayern, dessen Königsherrschaft durch die November-Revolution ein Ende bereitet wurde, ist gestern nachmittag an starker Magenblutung gestorben.

Ein Raubüberfall ist Montag abend auf die Volksbank in Laurahütte verübt worden. Ein mit zehn Personen besetztes Auto fuhr vor dem Bankgebäude vor. Die Räuber zwangen die Beamten und das Publikum in den Räumlichkeiten, sich mit dem Gesicht gegen die Wand zu stellen, und raubten 90 000 Mark. Sie entflohen im Auto.

Die Finanzlage des Freistaates.

Ankündigung neuer Steuergesetze. — Neue Belastung der breiten Masse durch eine Zuckersteuer. Die Ausgleichszulage der Beamten noch nicht verabschiedet.

Der Volkstag trat gestern nach mehrwöchiger Pause wieder zu einer Sitzung zusammen. An Stelle der ausgeschiedenen Abgeordneten Perkus (Dnatt.) und Fuchs (Zentrum) sind die Herren Dominik-Scharshütte und Wolff eingetreten.

Zur Beratung stand zunächst die vom Senat eingebrachte Novelle zum vorläufigen Haushaltsgesetz für 1921, die eine Erhöhung der Ausgleichszulage für die Beamten vorsieht. Die Vorlage kam jedoch auch gestern noch nicht zur endgültigen Verabschiedung, obwohl die Beamten schon monatelang auf die Regelung warten.

Abg. Philippson (Dnatt.) gab einen kurzen Bericht über die Ausschussberatung der Vorlage.

Finanzsenator Dr. Volkman wies zunächst darauf hin, daß keine Meinungsverschiedenheiten darüber beständen, daß den Beamten Gehölten werden müsse, und daß die Mehrbezüge, die die Vorlage vorsieht, den Beamten nach Verabschiedung ausgezahlt werden sollen. Seine ursprünglichen Zweifel und Sorgen, ob das dazu nötige Geld auch greifbar sein werde, seien behoben, so daß einer unverzöglichen Auszahlung nichts mehr im Wege stehe.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen geht Redner zu einer näheren Betrachtung der

allgemeinen Finanzlage des Freistaates

über. Der Haushaltsplan für das Jahr 1920 enthalte eine Ausgabe von 375 Millionen und eine Einnahme von 306 Millionen Mark. Es ergebe sich also ein Fehlbetrag von rund 69 Millionen Mark. Zu dieser Summe müssen aber auch die Ausgaben im Extraordinarium in Höhe von 23 1/2 Millionen Mark gezählt werden, so daß sich ein Gesamtfehlbetrag von rund 93 Millionen Mark ergebe. Im allgemeinen könne gesagt werden, daß der Gesamtabschluss nicht so große Abweichungen von dem Voranschlag gezeigt habe, als man befürchtet habe. Hierbei müsse allerdings in Betracht gezogen werden, daß der Etat Ausgaben enthalte, die auf allgemein rechtlichen Verpflichtungen und Lasten nach dem Friedensvertrage beruhen, und für die im Etat 8 Millionen Mark eingelegt seien. Hierfür kommen in Betracht die Verzinsung des Anteils der vom Freistaat zu übernehmenden Schulden des Deutschen Reiches und des preussischen Staates, sowie der Anteil der Freien Stadt an den Aufwendungen für den Oberkommissar. Diese Posten, deren Höhe noch nicht feststehe, seien einwillen auf Konto genommen worden. Weiter gehören zu diesen Ausgaben der vorläufige Anteil an den Kosten für Pensionszahlungen, für die Erhöhung der Bezüge von Pensionären, Rentenempfängern usw. Die Zahlung dieser Bezüge sei in der alten Weise fortgeführt worden. An diesem Aufwande sei der Freistaat mit einem gewissen Prozentsatz beteiligt. Dieser Anteil betrage jetzt allein schon 8 Millionen Mark.

Ferner stehe die Frage der Berechnung des Wertes des übernommenen Reichseigentums wie der Befahrungskosten noch offen. Auch hierfür wird noch mit Ausgaben zu rechnen sein.

Auch haben einzelne Etats größere Ausgaben ergeben, als im Voranschlag vorgesehen war. So die Polizei statt 7 Millionen 9 Millionen. Die Justiz statt 3 Millionen 4 1/2 Millionen und der Etat der Sozialversicherungen statt 6 1/2 Millionen 10 Millionen. Dagegen ist beim Etat des Volkstages eine Winder Ausgabe von 190 000 Mark zu verzeichnen und an den Ausgaben des Etats für Kunst und Volksbildung sind sogar 2 Millionen Mark „erspart“. Mehrerträge als im Voranschlag lieferten die Steuern mit 3 Millionen und die Zölle statt 27 sogar 47 Millionen. Dennoch ergibt sich der Fehlbetrag von 69 Millionen.

Die Ausgaben für die Eisenbahn und für den Hafen fallen dagegen zukünftig fort. Der Etat der Eisenbahn sehe im Etat für 1920 eine Ausgabe von 130 Millionen Mark und eine Einnahme von 84 Millionen Mark vor, mithin ergebe sich ein Fehlbetrag von 46 Millionen Mark. Diese Ausgabe werde in die künftigen Etats nicht mehr aufgenommen werden. In den Etat für 1921 werde diese Ausgabe noch für die Zeit vom 1. April bis 31. Oktober aufzunehmen sein, da mit der Uebernahme der Bahn am 1. November zu rechnen sei. Für die bisher für die Eisenbahn aufgewendeten Mittel habe Polen ab schlagsweise bei der Uebergabe 50 Millionen Mark zu zahlen. Ingesamt sind jedoch aufgewendet etwa 100 Millionen Mark. Der Freistaat werde darauf halten müssen, daß Polen sobald als möglich auch den Rest bezahle. Die von Polen verlangte Rechnungslegung über die Verwaltung der Eisenbahnen lehnt die Regierung ab, da sie sich in dieser Hinsicht nur dem Volkstag verantwortlich fühlt.

Auch die Hafensbetriebe, wie Reichleiströmbeverwaltung, Hafensverwaltung usw. belasten den Etat nur noch für 1920, für 1921 nur bis zu dem Zeitpunkt der Uebergabe an den Hafenausschuß. Ob die Zuschüsse für diese Verwaltung zurückgestellt werden, sei noch ungewiß. An Stelle dieser jetzt geschwundenen Lasten seien aber neue Lasten getreten, da Danzig zu den jetzt dem Hafenausschuß erwachsenden Kosten die Hälfte zu tragen habe. Diese Kosten dürften den vorher für diese Betriebe aufgewendeten Mitteln gleichkommen.

Die Anleihen-Aufnahme.

Von der früheren Ermächtigung des Volkstages, Anleihen bis zur Höhe von 200 Millionen aufzunehmen, hat die Regierung nicht bis zur vollen Höhe Gebrauch gemacht. In kurzer Zeit kommen jedoch dreimonatliche Schwanweisungen zur Ausgabe. Die Schwanweisungen sollen in ähnlicher Weise disponiert werden, wie diejenigen der Reichsbank, vielleicht noch eine Kleinigkeit günstiger, damit sie eine günstige Aufnahme finden.

Zur Deckung des Zuschußbedarfs in Höhe von 48 Millionen kündigte der Finanzsenator eine Reihe neuer Steuergesetze an. (Zurufe des Abg. Ruhn (D. P.): Notopfer!). Der laufende Fehlbetrag ist durch ein Notopfer nicht zu decken, dazu muß eine laufende Vermögensabgabe erhoben werden. (Zurufe links: Denn man los!) Er, der Finanzsenator, stehe auf dem Standpunkt, daß der Besitz stärker herangezogen werden müsse. Die Vermögensbesteuerung sei unzulänglich. In erster Linie soll die Ergänzungssteuer verbessert werden. Eine Vermögenssteuer wäre jetzt nicht durchzuführen, da der Verwaltungsapparat der Steuerbehörde bereits überlastet sei! Steuern dürften nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern müssen bis zum letzten Pfennig beigetrieben werden.

Im Laufe des Winters soll dem Volkstage eine Reihe neuer Steuergesetze

zugehen. Zunächst ein Steuergrundgesetz, das das gesamte Steuerrecht sowie die Steuerorganisation neu regeln und die Grundlage für ein ordnungsmäßiges endgültiges Einkommensteuergesetz, sowie für die übrigen Steuern schaffen soll. Das Steuergrundgesetz werde etwa 400 Paragraphen umfassen. Weiter werde der Senat ein Einkommensteuergesetz für Körperschaften einbringen, ebenso ein geändertes Wertzuwachssteuergesetz.

Für die erwachsenden Neuausgaben durch die Erhöhung der Ausgleichszulage für Beamte, durch die Vereinfachung der Ortsklasse, durch Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent sowie durch Aufhebung der 26-Wochen-Frist müssen neue Quellen erschlossen werden, die etwa 22 Millionen Mark erbringen müssen. Da sei zunächst eine Erhöhung der Stempelsteuer beabsichtigt, sie werde aber nur etwa 1,75 Millionen Mark bringen. Die zweite Steuer, die Versicherungssteuer, werde etwa 1,8 Millionen Mark adwersen, und die Kraftverkehrssteuer gar nur 400 000 Mark. Die Regierung habe daher nach weiteren Steuerquellen Ausschau halten müssen und dabei an eine Zuckersteuer gedacht (Zurufe links: Das hat noch gefehlt!) da schon vor dem Kriege auf Zucker eine Steuer von 33 1/2 Prozent gelegt habe. Da aber diese Steuer eine feste Steuer sei, habe sie sich jetzt auf 2 Prozent verringert. Wäre die Steuer eine prozentuale, hätte der Senat es nicht nötig, ein neues Zuckersteuergesetz einzubringen. Aus dieser Steuer erhoffe man eine Einnahme von etwa 9 Millionen Mark. Die an dem Betrage von 22 Millionen Mark fehlende Summe solle eine erhöhte Umsatz- und Luxussteuer bringen. Zum Schluß sprach der Finanzsenator die Hoffnung aus, daß jeder dem Staat das seine geben werde!

Abg. Rahn (Komm.) erklärt zunächst, daß er das Hühnchen mit dem Senat später rupfen werde. Die angekündigten Steuervorlagen belasten nur die breiten Massen und gehen an dem Besitz vorbei. Die Kapitalisten in der R.P.D. sind gern bereit, von ihrem Vermögen abzugeben. Die Erhöhung der Ausgleichszulage für die Beamten ist nicht ausreichend, da sie durch die Teuerung bereits überholt sei. Er beantrage, die Erhöhung auf 120 Prozent festzusetzen. Das Gesetz über die einheitliche Ortsklasse ist vom Senat, obwohl es vom Volkstag beschlossen ist, noch nicht veröffentlicht. Das wäre eine neue Verfassungswidrigkeit. Die Erregung unter der Beamtenchaft ist groß. Der Senat macht dem Beamten, wenn er in Not ist, Versprechungen, die er nachher nicht einlöst. Im weiteren Verlauf seiner Rede kündigt Rahn für die nächsten Tage große Ueberraschungen an. Ein Untersuchungsausschuß, der zusammentreten soll, würde belastendes Material gegen die führenden Senatoren ergeben. Vor dem Schwurgericht wären verschiedentlich Weineide geleistet worden. Die Regierung werde in den nächsten Tagen abgewirtschaftet haben. Den Senatsvizepräsidenten Dr. Jlehm macht Rahn darauf aufmerksam, daß im Gerichtsgefängnis schwere Maschinengewehre versteckt worden seien. Auf diese Weise würde die Existenz des Freistaates untergraben.

Abg. Friedrich (D. P.) findet scharfe Worte gegen die Verschleppung der Schatzregelung für die Beamten durch den Senat.

So dürfe es nicht mehr weitergehen.

Die Beamtenchaft würde auf Wege getrieben werden, die dem Senat nicht angenehm seien. Die warnenden Stimmen der Linken werden immer übergangen. Der Senat solle aber der Warnung eines bürgerlichen Abgeordneten Gehör schenken. Es sei ungerecht, die Erhöhung der Beamten-Ausgleichszulagen mit den neuen Steuervorlagen zu verquicken. Dadurch versuche man, die Beamtenchaft mit ihren berechtigten Forderungen bei der arbeitenden Bevölkerung in Mißkredit zu bringen. Der Finanzsenator habe den Zucker als Luxusartikel bezeichnet. Für die Ernährung ist Zucker jedoch außerordentlich wichtig. Die Zuckerpreise sind schon hoch genug. Trotzdem hat man den Rübenlieferanten 5 Mark nachgezahlt. Die Not der Beamten ist unerträglich.

Abg. Gebauer (U. S.) spricht sich gegen die in der Vorlage vorgesehene Regelung der Beamtengehälter aus. Sie sei unsozial, indem sie den höheren Beamten größere Vorteile bringe, als der unteren Beamtenchaft. Das sei wohl darauf zurückzuführen, daß die Senatoren auch tüchtig dabei profitieren wollten. Obwohl sie bereits außerordentlich hohe Gehälter erhalten, würden sie auf Grund der Vorlage noch weitere 15 000 Mark erhalten. Er beantragt eine allgemeine jährliche Ausgleichszulage von 12 600 Mark.

Damit schließt die Aussprache. Bei der namentlichen Abstimmung ergibt sich Beschlusunfähigkeit des Hauses. Das Haus vertagt sich darauf um 6 1/2 Uhr auf heute nachmittag 3 Uhr.

„Schuldenwirtschaft“.

Die sozialistische Finanzwirtschaft in Berlin.

In ihrer ersten Würdigung des Ausfalls der Berliner Stadtverordnetenwahlen konnten sich die „Neuesten Nachrichten“ nicht enthalten, eine geistige Anleihe beten von der „Deutschen Volkspartei“ vor der Wahl herausgegebenen Verleumdungsflugblättern zu machen. Mutig wie immer, kommt es ihr natürlich nicht darauf an, gewissenlos alles das nachzudrucken, was in den letzten Tagen vor der Wahl der Berliner Bevölkerung auf dem Stimmepapier vorgelesen wurde. So orkestrt das „wichtige“ Organ tapfer von einer korrupten Schuldenwirtschaft der sozialistischen Mehrheit in Berlin, ohne daß es natürlich den Versuch macht, diese Behauptung auch nur im entferntesten durch Tatsachen zu belegen. Man tröstet sich eben, daß die Leser es auch so glauben werden. Wie es in Wirklichkeit mit der sozialistischen Mißwirtschaft in Berlin aussteht, zeigt am besten eine Zusammenstellung der Berliner Schulden, die — o Schreck, laß nach — als bestes Beweismittel für die verleumderische Behauptung der „D. N.“ dieser Tage von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, dem Berliner Organ der Deutschen Volkspartei, veröffentlicht wurde. Wenn auch diese Zusammenstellung den agitatorischen Zwecken der Stimmepartei dienen sollte, so ist sie doch trefflich dazu angehen, dem Gerede von der sozialistischen Schuldenwirtschaft die Spitze abzubrechen. Sie zeigt nämlich, daß in der Zeit vom 30. September 1920 bis zum 31. März 1921, also unter dem sozialistischen Regime

die Schulden der Berliner Stadtgemeinde von 4322 auf 4106, also um 216 Millionen Mark zurückgegangen sind.

Diese Zahlen würden aber an und für sich noch nicht viel besagen, wenn dabei gleichzeitig der Bedarf der Stadt an neuen Anleihen gewachsen wäre. Auch dafür bringt die genannte Uebersicht lehrreiche Angaben. Der Fehlbetrag der Gemeinde ist von 1920 auf 1921 von 899 auf 0 Millionen Mark zurückgegangen. Es ist also kein Fehlbetrag mehr da. Der Bedarf an Anleihen jedoch hat sich in der gleichen Zeit von 1261 auf 782 Millionen Mark gesenkt, d. h. um annähernd eine halbe Milliarde.

Das Defizit hat aufgehört, selbst wenn ein um eine halbe Milliarde verringerter Bedarf an Anleihen für den Etat eingelegt wird. Berlin hat also trotz bedeutend gesteigener Ausgaben und neuer Aufwendungen für soziale Zwecke durch Erparniswirtschaft seinen Fehlbetrag und Schuldenbedarf herabgesetzt. Die vierprozentige Berliner Anleihe von 1912 wird an der Börse trotz der maßlosen Hebe der bürgerlichen Politiker gegen die „sozialistische Mißwirtschaft“ immer noch mit 82 1/2 Prozent bewertet, während z. B. die Düsseldorf vierprozentige Anleihe von 1899 nur mit 75 Prozent gehandelt wird.

Ist das nun sozialistische Mißwirtschaft?

Mit dieser unerfrorenen Verleumdung der Sozialdemokratie waren also keine Lorbeeren zu ernten. Aber warum schweifen wir auch soweit in die Ferne? Würde ein Kapitel Danziger Kommunalpolitik aus den Zeiten des sozialisteneinstimmigen Stadtverordnetenkollegiums nicht die beste Illustration zu dem Kapitel „kommunale Mißwirtschaft“ liefern? Noch heute leidet die Danziger Bevölkerung auf das allerschwerste unter der kurzfristigen engherzigen Interessenpolitik, die hier in Danzig von den bürgerlichen Stadtvätern getrieben worden ist. Die Praxis in Danzig liefert die besten Beweise, wie das Bürgertum kommunale Mißwirtschaft im allerschlimmsten Ausmaße getrieben hat, als es unumschränkt im „Roten Hause“ regierte.

Russisches Zahlenkunststück.

22 000 000 000 000 000 Rubel im Haushaltsplan.

Durch die Presse geht die Nachricht, daß Kreffinski, der Finanzminister Sowjetrusslands, nun seinen Haushaltsplan fertig habe und daß dieses wichtige Dokument der Rückkehr der Bolschewisten zu den Methoden der kapitalistischen Staatsverwaltung 22 Trillionen Rubel ausweise. Die Trillion ist eine höchst respektable Dame. Sie schreibt sich mit 18 Nullen. Kein Mensch, außer den Astronomen, die in ihrem Bemühen die Unendlichkeit des Weltraumes mit irdischen Maßstäben zu messen, mit solchen Zahlenungeheuern spielen müssen, vermag sich darunter etwas vorzustellen.

22 000 000 000 000 000 sind zweieundzwanzigtausend Millionen Milliarden. Auch das ist noch nicht anschaulich. Ein Jahr hat 365 Tage zu je 24 Stunden, diese zu je 60 Minuten von je 60 Sekunden. Das Jahr hat also rund 26 Millionen Sekunden. Um zu einer Trillion Sekunden zu kommen, braucht man also rund 38 1/2 Milliarden Jahre.

Das ist natürlich Unsinn. Ein Budget von Trillionen Rubeln oder auch nur Novellen kann Rußland nie erreichen, auch wenn seine Papierbettel, die man Geld nennt, noch viel mehr entwertet würden. Doch die Russen von ihrem 22 Trillionen-Budget ernsthaft sprechen, liegt nur daran, daß sie ihren Begriff der Trillion aus den landläufigen französischen Zahlensystemen nehmen. In Frankreich nennt man eine lumpige Milliarde bereits eine Billion und demzufolge sind sie dort, wo bei uns die Billion steht, schon bei der Trillion.

Damit ist also jene phantastische Angelegenheit auf das richtige Maß zurückgeführt. Es handelt sich in Rußland um ein Budget von 22 000 000 000 000 000 (22 Billionen Rubel). Um diese Zahl verständlich zu machen, muß man diese Summe auf den Goldwert zurückführen. Nach den letzten Moskauer Notierungen werden für einen amerikanischen Dollar 62 400 Sowjetrubel bezahlt. D. h. also, daß diese sagenhaften 22 Billionen Rubel rund 353 Millionen Dollar oder etwa 710 Millionen Goldrubel wert sind. So kann die Sache stimmen.

Zunehmend ist die Geschichte in Rußland heute so, daß man für ein goldenes Zehnmärkstück heute nahezu 150 000 Rubel bekommt. Vor dem Kriege erhielt man für ein Zehnmärkstück in Gold nicht ganz 5 Rubel. So weit ist der Bolschewismus gekommen. Und die deutschen Kommunisten halten das in rührender Beweisenheit für einen paradiesischen Zustand.

Interessanterwert ist nun aber doch, daß die Bolschewisten jetzt selbst Angst vor den Folgen ihrer Wirtschaft bekommen und den Versuch machen, durch ein verändertes Staatsbudget Herr der veränderten Papierflut zu werden.

Weitere Mittel für die Kinderbespeisung bis Ostern 1922.

Stadtverordnetenversammlung vom 18. Oktober 1921.

Die gleichzeitige Tagung von Volkstag und Stadtverordnetenversammlung trägt auf den Besuch der letzteren ungünstig ein, da viele Abgeordnete Doppelmandate haben. Die Wahl des Dr. Muscate in den Vorstand des Altersheim's Pelonker zeigte wieder einmal deutlich, daß der Senat nicht gewillt ist, den Forderungen der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Hier war die Wahl einer Frau sicherlich geboten. Es besteht kein Zweifel, daß Dr. Muscate für dieses Amt ungeeignet ist. Die Aussprache über die öffentlichen Arbeiten zeigte, wie notwendig eine scharfe Kontrolle bei deren Abnahme ist. Die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages betr. die Kinderbespeisung wird man in der Arbeiterschaft nicht verstehen, zumal doch die Preise der Lebensmittel täglich steigen. Die Aussprache über den Haushaltungsplan brachte eine Menge Wünsche und Beschwerden mit sich. Die Debatte führte wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen rechts und links.

Die Sitzung wurde um 1/2 Uhr eröffnet, da sich die Stadtverordneten nur spärlich einfanden. Bei dem namentlichen Aufruf waren 27 Stadtverordnete anwesend.

Von einer Einladung des Danziger Lehrgesangvereins zur Feier seines 25jährigen Bestehens wurde Kenntnis genommen. Die Kriegsgesangenenheimkehrstelle dankte der Versammlung in einem Schreiben für die ihr zuteil gewordene materielle Unterstützung. Wegen der Vorschläge des Wahlausschusses zur Befugung des Pachteinigungsamtes wurden Einwendungen nicht gemacht.

Nach „gutem alten Gebräuche“

Die Versammlung war auch damit einverstanden, daß der Kaufmann Ernst Mig als Mitvorsitzer für das Altersheim Pelonker tätig ist. Dagegen wurde gegen die Wahl des Dr. Alfred Muscate für das gleiche Amt von der Linken protestiert.

Stadtver. Runge (U.S.P.) wies darauf hin, daß die Linke schon im Vorjahre Anspruch auf Vertretung im Vorstand des Altersheimes erhoben habe. Damals wurde die Berücksichtigung in diesem Jahre zugesagt. Redner empfahl die Wahl unserer Genossen Plagemann.

Stadtver. Frau Richter (D.P.) erklärte, daß die Stadtverordnetenversammlung nicht das Recht habe, Wahlvorschläge zu machen, sie habe nur das Recht der Ablehnung der vorgeschlagenen Personen. Frau Richter brachte eine Entschließung ein, in der der Senat aufgefördert wird, in Zukunft auch Frauen für den Vorstand des Waisenhauses und des Altersheims in Vorschlag zu bringen.

Dem Senatsvertreter Dr. Maier war von einer derartigen Zusage nichts bekannt. (Zuruf: Dr. Bail hat das Versprechen gegeben!)

Stadtver. Giebenfreund (D.P.) vertrat gleichfalls die Ansicht, daß kein Wahl, sondern nur eine Bestätigung vorzunehmen sei. Die Deutsche Partei habe nichts an Dr. Muscate auszusetzen und werde deshalb für ihn stimmen.

Stadtver. Frau Leus (U.S.P.) war erstaunt darüber, daß der Senat keine Frau für dieses Amt vorgeschlagen hat. Die Vorsteher legen nicht den Wert darauf, nur solche Personen in ihrer Mitte zu haben, die auch einen Zuschuß leisten können. Nach den Debatten in der Stadtverordnetenversammlung hätte der Senat von selbst eine Frau vorschlagen müssen. Anscheinend wolle man die Frau aus dem öffentlichen Leben zurückdrängen.

Senatsvertreter Dr. Maier antwortete, daß nach gutem, altem Gebräuche die Vorsteher geeignete Vorschläge machen. Der Senat habe gegen Dr. Muscate nichts einzuwenden.

Stadtver. Dr. Thun (Zentrum) bestätigt, daß Dr. Bail die Zusage an die Linke gegeben hat, daß sie in diesem Jahre bei der Wahl der Vorsteher berücksichtigt wird.

Stadtver. Gen. Spill: Die Linke erhebt mit Recht Anspruch auf Vertretung im Vorstand des Altersheims, weil diese sich besser in die Lage der alten Leute hineindenken kann. Wie kann Dr. Muscate es wissen, wie es den Armen und Glenden geht? Selbst Bürgerliche haben in der Ausschussprüfung erklärt, daß sie von einer sozialen Tätigkeit des Dr. Muscate bisher nichts bemerkt haben. Es sei auch gesagt worden, daß bei der Ablehnung Muscates die übrigen Vorsteher ihr Amt niederlegen.

Das müssen schöne Seelen sein.

Die ihr Amt davon abhängig machen! Wenn der Senat den Anspruch der Linken vertreten hätte, dann wäre auch sicherlich ein kometensprechender Vorschlag erfolgt.

Stadtver. Runge (U.S.P.) betonte, daß die Stadt einen namhaften Zuschuß leistet und deshalb auch ein Recht auf Vertretung hat. Redner stellte einen Antrag auf Vertagung.

Der Vertagungsantrag wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Die gleiche Mehrheit stimmte der Wahl des Dr. Muscate zu. Alsdann wurde die Entschließung der Stadtver. Frau Richter mit großer Mehrheit angenommen.

Einige Wahlen von Stabsbeamten und Schiedsmännern ergaben nach den Vorschlägen des Wahlausschusses.

Stadtver. Gen. Kreygnast regte an, auch Arbeiter für diese Ämter heranzuziehen. (Zuruf: Bei diesem Senat doch nicht!)

Der Stadtschreiber Rohde wurde mit einem Ruhegehalt von monatlich 9525 Mk. pensioniert.

Sportplatzes auf dem Bischofsberg

Wurden 175 000 Mk. bereitgestellt.

Der Senat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung zu bestimmen, daß die vorschussweise gezahlten Beihilfen an die durch die Ueberschwemmung der Wäde in Langfuhr und Hochstreich geschädigten Personen

in Höhe von 167 515,81 Mk. aus den Mitteln für besondere Bewilligungen gedeckt werden. Bei den Verhandlungen in der Stadt-

verordnetenversammlung am 24. August 1920 über die durch die Ueberschwemmung am 10. August eingetretene Ueberschwemmungsschäden hatte sich die Versammlung grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß Beihilfen an die Geschädigten gezahlt und die verausgabten Beträge später angefordert werden sollen. Der Magistrat hat seinerzeit beim Senat den Antrag gestellt, daß der Freistaat sich mit einem angemessenen Betrage an der Hilfsaktion beteiligen möge. Die Versammlung erklärte sich mit der Vorlage einverstanden. Der Senat hat sich jetzt auf den Standpunkt gestellt, einen Zuschuß aus Staatsmitteln nicht zu gewähren.

Kritik an der Ausführung städtischer Bauten

wurde geübt aus Anlaß einer Vorlage des Senats, die 8800 Mk. für Ausbesserung des Strandwärtterhauses in Heubude veranlagt.

Stadtver. Runge (U.S.P.) drückte sein Erstaunen aus darüber, daß ein Haus, das 1920 erbaut, jetzt schon solche Reparaturen notwendig macht. Redner regt an, den Erbauer des Hauses für die Reparaturen verantwortlich zu machen.

Stadtver. Scheller (Dnall.) erwiderte, daß das Holz zusammengetrocknet ist. Durch den Fußboden dringt sogar der Sand. Die Kübberebenen sind notwendig, weil sonst ein Bewohnen des Hauses im Winter unmöglich ist.

Stadtver. Gen. Spill erklärte, daß diese Bauausführung wohl kaum eine Kellerei für die Hochbauverwaltung ist. Er selbst habe beobachtet, wie bei einem städtischen Bau die Fenster zweimal mit Leimfarbe und dann mit Firnis gestrichen wurden. Das beweise, wie gering man die Sachkenntnis der Hochbauverwaltung einschätze.

Senator Dr. Balle erwiderte, daß bei den öffentlichen Ausschreibungen auch Unternehmer zweifelhafter Leistungsfähigkeit mitbieten, und dann unzulängliche Arbeit liefern. Solche Fälle möge man dem Hochbauamt mitteilen. Das Hochbauamt habe eine derartige Kritik nicht verdient.

Stadtver. Habel wendete sich gegen das System, nach welchem jetzt die städtischen Arbeiten vergeben werden. Wenn die Arbeit an den Minderfordernden vergeben wird, muß mit minderwertiger Arbeit gerechnet werden.

Stadtver. Gen. Spill regte an, die Bauabnahmen zu verschärfen, damit schlecht ausgeführte Arbeiten zurückgewiesen werden können.

Stadtver. Lange (Dnall.) machte darauf aufmerksam, daß in früheren Jahren ein Stadtverordneter zu den Bauabnahmen hinzugezogen wurde, man möge das auch jetzt wieder tun.

Die Vorlage wurde alsdann genehmigt.

Ein weiterer Antrag des Senats verlangte

400 000 Mk. für die Kinderbespeisung

der Quäker. Die Summe soll zur Beschaffung von Mehl, Zucker, Gewürzen und zur Herstellung und Verteilung der Speisen dienen.

Stadtver. Gen. Borchert beantragte die Summe auf 500 000 Mk. zu erhöhen, da die angeforderte Summe nicht ausreichend sei.

Senatspräsident Sahm wandte sich gegen die beantragte Erhöhung. Die angeforderte Summe genüge, um das gegenwärtige Werk der Kinderbespeisung fortzusetzen. Bei anderen Gelegenheiten rede die Linke von Sparfamkeit, und hier würde ohne ausreichende Begründung 100 000 Mk. verlangt.

Stadtver. Gen. Spill erwiderte, daß die Linke keine Ursache habe, bei Ausgaben für die Armen den Senat zur Sparfamkeit anzuhalten. Bei solchen Gelegenheiten sei der Senat sogar sparsam. Weil die früher bewilligten Summen nicht ausreichten und deshalb Nachbewilligungen nötig waren, sollte jetzt gleich ganze Arbeit gemacht werden.

Präsident Sahm erklärte, daß nach den Berechnungen 400 000 Mark ausreichen. Als Verwalter des städtischen Vermögens habe er für Sparfamkeit Sorge zu tragen.

Stadtver. Runge (U.S.P.) betonte die Notwendigkeit, die Summe auf 500 000 Mk. zu erhöhen, mit der eintreffenden Preissteigerung der Lebensmittel, insbesondere des Zuckers.

Stadtver. Gen. Kreygnast stellte fest, daß sich in der Stadtverordnetenversammlung eine Wendung nach rechts bemerkbar macht. Das Fallen der Mark, bedeute Steigerung der Preise, sodas die Preisgestaltung in der nächsten Zeit nicht zu übersehen ist. Deshalb sei eine Erhöhung angebracht. Redner gab seinem Bekannten darüber Ausdruck, daß der Präsident den Aufruf für die Zubehörsgegenstände unterschrieben habe und nun die Mehrausgabe für die Kinderbespeisung ablehne.

Präsident Sahm war von diesem Hinweis nicht sehr erbaut; er habe sich lediglich gegen die unzulängliche Begründung des Antrages gewandt. Wenn die Mittel nicht ausreichten, würden Nachbewilligungen angefordert.

Stadtver. Büschke (Dnall.) war der sonderbaren Meinung, daß die Linke oft Anträge stellt, die nur im Parteinteresse liegen. Als Beispiel erwähnte er den unabhängigen Antrag auf Errichtung einer Lungenheilstätte im Freistaat. Es würden oft aus agitatorischen Gründen Anträge gestellt, denen die Rechte nicht gut widerprechen könne.

Stadtver. Frau Richter (D.P.) trat für den Antrag des Senats ein.

Stadtver. Dr. Thun (Zentrum) behauptete, daß er durch seine 30 jährige ärztliche Tätigkeit die Armen besser kenne als die Stadtverordneten der Linken! Ueber den Ausfall der Berliner Stadtverordnetenwahl war er sehr erfreut und kündigte das gleiche Resultat auch für Danzig an. Redner wandte sich gegen die Erhöhung der Summe.

Stadtver. Runge entgegnete dem deutschnationalen Kritiker, daß die skandalösen Zustände in der Heilstätte notwendig machten.

Aus einer Erklärung des Präsidenten Sahm ging hervor, daß im vergangenen Jahre über 7000 Kinder bespeist wurden; die Zahl wurde auf 2300 herabgesetzt. Jetzt soll sie wieder erhöht werden, aber nur auf 4800. Sahm sprach den Quäkern den Dank der Stadt aus für ihre Tätigkeit.

Stadtver. Kreygnast betonte, daß die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages noch unverständlicher sei, wenn die Zahl der bespeisten Kinder so bedeutend herabgesetzt ist.

Stadtver. Spill wies die Annahmen des Zentrumsarztes Dr. Thun zurück. Die Arbeiterschaft könne über ihre eigene Lage wohl selbst am besten urteilen.

Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt, die Vorlage des Senats angenommen.

Für einen Umbau und Erweiterung des Grundstückes Langgasse 47 wurde durch die geforderte Summe in Höhe von 25 000 Mk. genehmigt, nachdem auf eine Anfrage der Stadtver. Scheller und Lange (Dnall.) und Braun (Zentrum) erklärt worden war, daß durch diese Maßnahme keine Wohnungen besetzt werden. Auch die Summe von 15 000 Mk. zur Sicherstellung der Bewohnbarkeit von fünf Wohnungen des städtischen Grundstückes in Heubude, Heubuder Straße 49, wurde bewilligt.

Eine längere Aussprache veranlaßte die

1. Befugung des Staats der Allgemeinen Verwaltung.

Der Berichterstatter Gen. Kreygnast beantragte verschiedene Aufgabeposten. Er beantragte die Summe für Lieberkunden von 55 000 Mk. auf 20 000 Mk. herabzusetzen, um Arbeitslosen Erwerbsmöglichkeit zu schaffen. Die Aufgabeposten von 120 000 Mk. für Autofahrten des Oberbürgermeisters und 220 000 Mk. für andere Magistratsmitglieder beantragte Redner ebenfalls zu streichen, weil der Freistaat dafür zuständig sei; desgleichen den Dispositionsfonds des Oberbürgermeisters und des Magistrats von insgesamt 28 000 Mk. Dagegen beauftragte der Berichterstatter die Erhöhung des Fonds für den Stadtverordnetenvorsteher von 500 Mk. auf 6000 Mk. zu erhöhen. Gen. Kreygnast wandte sich gegen den städtischen Zuschuß an den Verein der Kommunalbeamten, mit dem gleichen Recht könnten die anderen Vereine der städtischen Angestellten und Arbeiter eine Beihilfe verlangen. Redner richtete dann an die Beamten die Bitte, sich das Bestreben zu haben, der Längste zu sein zum Wohle der Allgemeinheit. Gen. Kreygnast wünscht dann Aufklärung, ob im Wohnungskomitee Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind.

Senatspräsident Sahm erklärte sich mit der Herabsetzung der Summen für Lieberkunden einverstanden, wünscht dagegen die Beibehaltung der Summen für die Autofahrten und den Dispositionsfonds. Die Erhöhung des Fonds für den Stadtverordnetenvorsteher sei nicht nötig, da dieser Fond seit 1916 nicht gebraucht worden ist.

Die zweifelhafte Aussprache riefte eine ganze Reihe der verschiedensten Wünsche, Beschwerden und Anregungen zur Folge, von denen die wichtigsten erwähnt seien.

Stadtver. Runge bemängelte, daß der Direktor der Müllabfuhr Elßner immer noch den Titel Branddirektor führe, was schließlich, um seine Dienstwohnung nicht zu verlieren.

Stadtver. Scheller (Dnall.) protestierte dagegen, daß die Müllhalle auch zur Aufbewahrung von Butter dient. Ein Händler aus der Hundegasse lagere dort 28 Zentner Butter. (Zuruf: Beschlagnehmen!)

Mehrere Anfragen beschäftigte sich mit dem

Wohnungskomitee.

Senator Balle erklärte sich zu den Ausführungen des Genossen Kreygnast, daß von den fünf Beamten des Wohnungskomitees jeder seine Pflicht tue. Als unzuverlässig hätten sich jedoch einige Ermittler gezeigt, die sofort entlassen wurden.

Die Ausgaben für städtische Autos

wurden auch vom Stadtver. Rohde (D.P.) kritisiert. Es wurde fest einwilligen für diesen Zweck verlangt. Der Freistaat müsse zu den Kosten herangezogen werden. Senator Runge erklärte, daß der Etat inzwischen überholt ist, bei der zweiten Befugung würde er die tatsächlichen Zahlen angeben. Es würde eine genaue Kontrolle über die Fahrten geführt. Die Betriebskosten hätten sich von 8 auf 7 Pf. pro Kilometer verbilligt.

Das Nachbänderungslokal

war ebenfalls Gegenstand einer längeren Aussprache. Stadtver. Scheller (Dnall.) wünschte, daß die Baraden auf dem Trost dem Wohnungskomitee zur Unterbringung bedürftiger Mietskinder zur Verfügung gestellt werde.

Stadtver. Ewert sprach von skandalösen Zuständen in dem Nachbänderlokal und ließ durchblicken, daß die Stadt durch das Lager nur finanzielle Verluste habe. Er machte dabei heftige Angriffe auf den Deputierten, Senator Runge. Dieser entgegnete, daß durch die Verlegung des Lagers nach dem früheren Korpskaserneamt die Verhältnisse sich bedeutend gebessert hätten und jetzt einwandfrei sind. Es sei ein Saisongeschäft, das starken Schwankungen unterliege. Die Stadtver. Dr. Gernann (D.P.) und Brunzen (Dnall.) wiesen die Angriffe Ewert's zurück. Sie hätten sich persönlich von der Verhältnisse im Lager überzeugt, und diese für gut befunden. Ein amerikanischer Vertreter habe ebenfalls erklärt, daß die Danziger Einrichtungen denen anderer europäischer Staaten nicht nachsehen. Von Zentrumsvertretern wurde wiederholt betont, daß in der Anstalt zwölf Angestellte tätig sind.

Die Beteiligung der Stadt am Spielklub.

In dem Etat der allgemeinen Verwaltung erscheint eine Einnahme von 5 Millionen Mark aus der Beteiligung an dem Zappoter Spielklub. Stadtver. Runge (U.S.P.) wünschte Aufklärung, wer dem Senat die Genehmigung zur Beteiligung gegeben habe. Präsident Sahm erwiderte, daß der Senat dafür zuständig gewesen sei, weil damit keinerlei Ausgabe verbunden war.

Stadtver. Kuhn (Kom.) verlangte Auskunft, wer zu der neugebildeten G. m. b. H. gehöre, wieviel Kapital sie habe und ob eine Verwindung in eine Kommanditgesellschaft geplant sei.

Präsident Sahm stellte ausführliche Darlegungen bei der zweiten Befugung des Staats in Aussicht.

Von den Anträgen des Gen. Kreygnast wurde nur der erste, der die Verminderung der Lieberkunden bezweckte, angenommen, alle übrigen abgelehnt. Der Etat wurde damit mit 22 Stimmen gegen 10 Stimmen der Linken angenommen.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung wurden vertagt. Gegen 8 Uhr trat das Haus in die geheime Sitzung ein.


BORG

| | |
|---------------------|--------------------|
| Hela . . . 28 Pf. | Balkum 40 Pf. |
| Nr. 18 . . . 25 Pf. | J. B. m. m. 40 Pf. |
| Stambul 30 Pf. | J. B. gold 50 Pf. |
| Gold u. Kork | Mondala 70 Pf. |

QUALITÄT RADCHER

Aus dem Osten.

Frankfurt a. O. Sitz einer Eisenbahndirektion. Das deutsche Eisenbahnen im Osten ist durch die Abtretung der größten Teile Polens und Westpreussens zerfallen. Die deutsch gebliebenen Teile der früheren Eisenbahndirektionen Posen, Preußen und Danzig sind in der Eisenbahndirektion „Osten“ zusammengeschlossen. Die Direktion hatte in Berlin am Bahnhof Zoologischer Garten ein würdevolles Unterkommen gefunden. Nach langen Bemühungen ist erreicht worden, daß eine in Frankfurt a. O. frei gewordene Galerie für die neue Eisenbahndirektion ausgebaut wird. Der Verbleib von Wohnungen für über 600 Beamtenfamilien wird die Stadt durch erhöhte Pauschalbeit gerecht werden.

Massenentlassungen auf der Moskauer „Neptun“-Werft. Nachdem die Werker der Moskauer Werft seit längerer Zeit nur 40 Stunden die Woche arbeiteten, wurde ihnen am 28. September von der Direktion der Werft mitgeteilt, daß die Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden herabgesetzt werden sollte. Nachdem dies nun am 11. Oktober durchgeführt ist, und zwar so, daß jeden Tag 6 Stunden gearbeitet werden, kündigte die Direktion am Morgen des 11. Oktober plötzlich 270 Mann zum Montag, den 17. Oktober. Bezeichnend ist, daß Arbeiter gekündigt wurden, die bereits 20 Jahre und darüber auf der „Neptun“-Werft beschäftigt, während jüngere Arbeiter, die erst nach der Kriegszeit angekommen, im Verweise geblieben sind. Nach den Angaben der Direktion erfolgt die Entlassung erstens weil mehrere Schiffe zurückgenommen sind, zweitens weil kein Geld vorhanden ist. Die Regierung ist um Vermittlung angehen worden.

Eisenbahnbau im Baltikum. Die lettische Regierung hat Vorarbeiten zur Begung einer zweiten weisepurigen Linie neben der normalspurigen Linie zwischen Riga und Windau angeordnet, damit der Transitverkehr im Winter, wenn der Rigaer Hafen zugefroren ist, nach dem ganzen Winter über offenen Hafen von Windau geleitet werden kann. —

Volkswirtschaftliches.

Er drängt sich wieder ein. Der Allgewaltige Stinnes setzt seine Bemühungen fort, seinen wirtschaftlichen Machtbereich immer mehr zu erweitern. Vor einigen Monaten ist er aus dem Aufsichtsrat der Hamburg-Amerika-Linie herausgedrängt worden, weil er mit seinen eigenen Schiffahrtsgesellschaften der Hamburg-Amerika-Linie eine unangenehme Konkurrenz zu machen begann. Jetzt ist, wie berichtet wird, Stinnes dabei, sich Einfluss auf die zweitgrößte deutsche Großreederei, den Norddeutschen Lloyd, zu verschaffen. Es geht das Gerücht, daß er den Anspruch erhebt, in den Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd aufgenommen zu werden. Es sind in der letzten Zeit auf den deutschen Börsen große Mengen von Aktien des Norddeutschen Lloyd gekauft worden; der Käufer ist offenbar Stinnes, der jetzt, gestützt auf seinen großen Aktienbesitz, seine Aufnahme in den Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd verlangt.

Stinnes hat sich jetzt auch auf die Margarineindustrie Stellung genommen, indem er die vor der Liquidation stehenden Altonaer Margarinewerke Mohr u. Co. übernahm.

Die Zudererzeugung in Europa ist im Jahre 1921/22 um etwa 4 Millionen Zentner größer als im Vorjahre. Im Vorjahre betrug sie 73,9, in diesem Jahre 77,9 Millionen Zentner. Die Mehrproduktion entfällt in der Hauptsache auf Deutschland, wo die Zudererzeugung in diesem Jahre auf 26 Millionen Zentner gegen 22,12 Millionen Zentner im Vorjahre geschätzt wird.

Die deutsche Textilindustrie war nach den Berichten der preussischen Handelskammern im Monat September in allen Zweigen angestrengt beschäftigt, in der Baumwollindustrie, in den Spinnereien und Webereien herrschte lebhafteste Nachfrage. Bei der Seiden-

industrie haben sich die Absatzmöglichkeiten weiter gehoben, die Wolleweberbetriebe sind zum Teil bis über das Jahresende hinaus ausverkauft.

Die Wertspekulation. Für das Valutaesend macht man überall die Wertspekulation verantwortlich, die ihr Unwesen selbst in Ländern mit guter Valuta treibt. „The Observer“ schreibt darüber: „Die Geschäftskreise interessieren sich viel mehr für reine Bankgeschäfte wie für Fest, Lung und Viesierung von Waren.“ In diesem und jenem Lande wurden zwar Versuche gemacht, den Spekulationen durch Regelung des Börseverkehrs die Spitze zu bieten, doch blieben diese Maßnahmen überall erfolglos. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Spekulation selbst nur eine Folgeerscheinung des faulen Friedens, des zerstörten Geldwesens, der verkehrten Handelspolitik der meisten Länder, welche ihre Märkte verschließen, der verminderten Kaufkraft der Bevölkerung usw. ist. Solange diese Krankheiten nicht geheilt werden, muß der Kampf gegen die Spekulation versagen.

Die Ausschaltung verfeinerter Zwischenglieder. In einer kürzlich im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgehaltenen Besprechung wurde wieder die Möglichkeit einer engeren geschäftlichen Verbindung zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen auf Grundlage der freien Wirtschaft besprochen. Dieser Weg ist bereits mit Erfolg von den großen landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften beschritten worden. Um praktische Erfolge zu erzielen, müsse — so wurde ausgeführt — die Frage der Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher beim Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Hauptsache innerhalb der einzelnen Bezirke, Provinzen und Landesteile gelöst werden. Hierzu hätten sich die dort bestehenden Verbrauchervereinigungen aller Art mit den Erzeugerorganisationen in Verbindung zu setzen, um eine möglichst rasche Geschäftsabwicklung, insbesondere beim Verkehr mit leicht verderblichen Waren, zu ermöglichen. Um die unmittelbaren Geschäftsbeziehungen zwischen Erzeuger- und Verbrauchervereinigungen zu fördern, wolle die Vertreter der Spitzenorganisationen der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Konsumgenossenschaften erneut in diesem Sinn auf ihre Unterorganisationen einwirken, damit allseitig der so wichtigen Frage volle Beachtung geschenkt und in der Praxis auch dementsprechend gehandelt werde.

Besteuerung der Spekulationsgewinne? Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit der Frage, auf welche Weise die durch Spekulation in Wertpapieren erzielten Gewinne für eine erhöhte Besteuerung erfasst werden und welche Maßnahmen getroffen werden können, um durch Kontrolle des Börsenverkehrs und der Umsätze in ausländischen Zahlungsmitteln die Spekulation einzudämmen. Die Sachverständigen hielten eine Besteuerung durchaus möglich. Für die Kontrolle wurden verschiedene Vorschläge gemacht. Der finanzpolitische Ausschuss wird demnächst zu den Überlegungen der Sachverständigen Stellung nehmen und eine Entscheidung zu den Anträgen fassen.

Aus aller Welt.

An Alcinoid ist in Deutschland jetzt reichlich eine Milliarde Stück mehr vorhanden als vorher jemals seit Bestehen des Reiches ausgegeben waren. Auf den Kopf der Bevölkerung sind 30 Stück Alcinoiden im Verkehr. Nach einem Reichratsbeschluss vom Monat August wird bis Ende des nächsten Jahres die Zahl der umlaufenden Alcinoiden auf insgesamt 3 Milliarden Stück gleich 50 Stück auf den Kopf der Bevölkerung steigen. Für die Prägung von 1-Mark-Stücken und größeren Münzen sind vorbereitende Schritte getan. Auf Grund eines Wettbewerbs ist einer der Künstler mit der Ausgestaltung der Münzen beauftragt worden. Welches Münzmetall genommen wird, ist noch nicht entschieden.

Ein Heiratszwangsgezet in Frankreich. Mit wech unheimlichen und undurchführbaren Mitteln man in Frankreich die Heirat zu fördern und den Geburtenrückgang beugegen will, zeigt folgende Mitteilung: Ein Entwurf zu einem Heiratszwangsgezet, das zur

Erhöhung der Bevölkerungsziffer dienen soll, ist dem französischen Senat eingereicht worden. Das Gezet, wenn es angenommen wird, würde sehr einschneidend wirken und sogar das Erbrecht beeinflussen. Der Staat darf danach künftig nur noch verheiratete Beamte beschäftigen; wer eine Staatsstellung anstrebt, muß sich verpflichten, bis zum 25. Lebensjahre zu heiraten. Beamte, die drei oder mehr Kinder haben, werden bei der Beförderung bevorzugt, erhalten höhere Gehälter und Pensionen. Unverheiratete müssen fernab doppelt so lange Erziehungsdiens leisten als Verheiratete, und wer bis zum 45. Lebensjahre noch keine Lebensgefährtin hat, bleibt dienstpflichtig bis ins Greisenalter hinein. Schon früher wurde einmal ein ähnlicher Entwurf eingereicht, doch Senat auch angenommen schließlich aber doch nicht durchgeführt.

Uebertritt schwarzer Soldaten zur katholischen Kirche. Durch französische Geistliche im besetzten Gebiet wurden in den letzten zwei Jahren 820 farbige Soldaten, die zum Christentum übertraten, getauft, und über 600 empfingen zum ersten Male die heilige Kommunion. Im Jahre 1919 wurden in der St.-Joseph-Kirche in Epheer an einem Tage 70 Schwarze durch die Taufe in die katholische Kirche aufgenommen, wobei zwei französische Bischöfe erschienen waren. Viele der neuen Christen sind inzwischen wieder nach Afrika in ihre Heimat, z. B. Marokko, Madagaskar usw., zurückgekehrt. — Sollte die Taufe ein Takt sein, wodurch die farbigen die Beförderung in die afrikanische Heimat erleichtert? Dann würden wir es begrüßen, wenn sie alle, beizugewisse, zum Christentum überträten. . . .

Geschützte Ditzungen. Die Berliner Zeitungen sind voll des Jammers über die Folgen des Streiks der Gastwirtschaftlichen, vor allem in den Hotels. Nur mit dieser Nahrung kann man zum Beispiel folgende Schilderung lesen:

„Brillantengeschmückte Damen spielen mit Geschick und nicht ohne Humor die ihnen aufgezwungene Rolle des Zimmermädchens, lassen die Betten, setzen den Boden, bereiten auf dem Spiritusbrenner das Morgenfrühstück, während ihr Partner feuchtend der Haus- und Stiefelputz macht. Stille schleicht durch die Stockwerke. Nirgends ein Klingeln. Kein Musik. Kein Gassen. Ein graubärriger Herr, ausländischer Diplomat, kommt die Treppe herauf, schwer bepackt mit weißen Baken und Weltbeglügen. Ob er die diplomatische Aufgabe lösen wird, sein Nachtlager für einen traumlosen Schlaf herzurichten?“

Der Menschheit ganzer Jammer faßt mich an! Diese armen reichen Damen, die höchstgehändig einmal in ihrem Leben ihr Bett selbst richten und — entschuldig! — den Boden lehren müssen! Und dieser Schieber, der sein Zeitgewand im Schwelge seines Angehörigen über die Treppe schleppen muß — der Abklinge streift offenbar verbecherischerweise mit. Und die Gang- oder Halbweilkerin, die in ihren Florstrümpfen und in ihrer reizenden Unverhältnißlichkeit in dem ungeheizten Zimmer frieren muß, weil der Heiz nicht für das Frühstückszimmer sich schließt! Und der Hoteldirektor, der den Portier spelt — nein, vor solchen Märtyrertum verblaffen die Qualen des heiligen Sebastian und der heiligen Thekla. Zwar geht es Millionen Frauen tagtäglich so und noch tausendmal schlechter, zwar müssen Millionen Männer solche und noch viel schwerere Arbeit jahraus, jahrein verrichten, aber das sind nicht die Leute, deren Schicksal das Mitleid der bürgerlichen Presse erregt. Nur wenn die Weichen einige Tage lang so leben müssen wie das arbeitende Volk das ganze Jahr, dann auslitt die Träne und feurig lobert das göttliche Mitleid zum Himmel und ruft Mache der Götter auf das Haupt der verruchten Treiber, die Streikenden, herab.

Aufdeckung einer anarchistischen Kampforganisation in Moskau. Der Moskauer Außerordentlichen Kommission (Tscheka) ist es gelungen, eine weitverzweigte anarchistische Organisation in Moskau aufzudecken, die sich den allgemeinen und individuellen Terror gegen die bestehende Regierung, die Befreiung Gefangener, die Fabrikation falscher Geldnoten und die Bildung eines Reiches anarchistischer Geheimbünde in ganz Sowjetrußland zum Ziel gesetzt hatte. Die Moskauer Organisation hatte bereits verschiedene Ueberfälle auf Geldtransporte und die Flucht von Gefangenen aus Moskauer Gefängnissen ins Werk gesetzt, als der Tscheka bei einem verhafteten Mitglied die Adressen der Hauptführer in die Hände fielen. Die daraufhin verhaftet wurden. Zehn Teilnehmer der Organisation sind bereits erschossen; gegen die übrigen wird eine beschleunigte Untersuchung fortgesetzt.

Hans und Heinz Kirch.

Ergählung von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)
„Kind,“ sagte er, indem er ihre Hand ergriff und ihr freundlich in die angstvollen Augen blickte, „wenn es nach mir ginge, so wolle ich den Handel machen; aber selbst der Polizeimeister darf dir keinen Brief verkaufen.“ Er wandte sich von ihr ab und schritt auf seinem Wege weiter.
Aber sie ließ ihm nach, sie hing sich an seinen Arm, ihr einfältiger Mund hatte die heidnischen Pöbel- und Schmeicheleiworte für den alten Marten und ihr Kopf die allerhöchsten Einkünfte; nur leihen sollte er ihr zum Umkleen der Briefe, er solle ihn ja noch heute abend wieder haben. Der alte Marten geriet in große Bedrängnis mit seinem weichen Herzen; aber ihm blieb zuletzt nichts übrig, er mußte den Brief gewaltsam von sich lassen.
Da trat sie zurück; mit der Hand fuhr sie an die Stirn unter ihr gelobtes Haar, als ob sie sich bestimmen müsse; dann ließ sie das Geld in ihre Tasche fallen und ging langsam dem Hafenpforte zu. Der Weg entgegenkam; sie sah ihr verunruhigt nach; denn sie hatte die Hände auf die Brust gedrückt und schlochte überlaut.
Dahin waren fünfzehn Jahre hingegangen. Die kleine Stadt erwarb sich einen Namen, nur daß sie einen jungen Kaufmann aus den alten Familien am Markt ein neues Haus erbaute war, das Delegationsgebäude durch die Gassen liefen und auf dem Posthausgebäude jetzt mit goldenen Fußstapfen „Kaiserliche Reichspost“ zu lesen war; wie immer rollte die See ihre Wogen an den Strand, und wenn der Nebel über dem Meeresspiegel lag, so spülte das bedauernde an die Mauern der Stenerei, die auch jetzt noch in der roten Laterne ihre beste Stundlichter hatte; aber das Ende der Eisenbahn lag noch manche Meile landwärts hinter dem Hügelzuge, sogar auf dem Bürgersteig streckte sie trotz der neuen Zehnmarken noch im alten alten Stil ein studierter Mann, und der Magistrat behauptete sein altes Ansehen, wenigstens die Senatoren jetzt in „Stadt- und die Deputierten in „Stadtverordnete“ verwandelt waren; die Abschaffung der Bürgerrolle als eines alten Rechts war in der Stadtverordnetenversammlung von einem jungen Mitgliede vor in Vorschlag gebracht worden, aber zwei alte Herren hatten bei der Abstimmung die Stimme für die alte Rolle gegeben; vor manchen Jahren streich nach Haus getrieben; weshalb sollte jetzt das alte Recht und das Bestende nicht in gleicher Acht gehalten werden? — und wie vor, wenn es zehn vom Tarn geschlagen hatte, bimmeln die kleine Wölfe hinter dem und schreien die Mädchen auszuwachen, wachte auf dem Markt am Brunnen schwappt.

Nicht so unverständlich war das kirchliche Haus geblieben. Heinz war nicht wieder heimgekommen; er war verschollen; es fehlte nur, daß er auch noch gerichtlich für tot erklärt worden wäre; von den jüngeren Leuten wußte mancher kaum, daß es hier jemals einen Sohn des alten Kirch gegeben habe. Tamals freilich, als der alte Marten den Vorfall mit dem Briefe bei seinen Söhnen mit herumgetragen hatte, war von Vater und Sohn genug geredet worden, und nicht nur von diesen, auch von der Mutter, von der man niemals redete, hatte man erzählt, daß sie dergestalt, als es endlich auch ihr von draußen zugehört worden, zum erstenmal sich gegen ihren Mann erhoben habe. „Hans! Hans!“ so hatte sie ihn angesprochen, ohne der Magd zu achten, die an der Küchenflur gelauscht hatte: „Das ohne mich zu tun, war nicht dein Recht! Nun können wir nur beten, daß der Brief nicht zu dem Schreiber wiederkehre; doch Gott wird ja so schwere Schuld nicht auf dich laden.“ Und Hans Adam, während ihre Augen voll und tränentropfen ihm angesehen, hatte hierauf nichts erwidert, nicht ein Sterbenswörtlein; sie aber hatte nicht nur gebetet; überallhin, wenn auch stets vergebens, hatte sie nach ihrem Sohne forschen lassen; die Aosten, die dadurch verursacht wurden, entnahm sie den kleineren Rassen, welche sie vermarktete, und Hans Adam, obgleich er bald des Innern wurde, hatte sie still gemahren lassen. Er selbst tat nichts dergleichen; er jagte es sich beharrlich vor, der Sohn, ob briellisch oder in Person, müsse anders oder niemals wieder an die Tür des Elternhauses klopfen.

Und der Sohn hatte niemals wieder angeklopft. Hans Adams Haar war nur um etwas rascher grau geworden; der Mutter aber hatte endlich das stumme Leid die Brust zernagt, und als die Tochter erwacht war, brach sie zusammen. Nur ein Jahr war sie in ihr geliebten, die Zuversicht, daß ihr Heinz einst wiederkehren werde; doch auch die trug sie im stillen. Erst da ihr Leben sich rasch zu Ende neigte, nach einem heftigen Anfall ihrer Schwäche, trat es einmal über ihre Lippen. Es war ein frohheiler Weihnachtsmorgen, als sie, von der Tochter gerührt, mühsam die Treppe nach der oben belegenen Schlafkammer emporstieg. Eben, als sie auf halbem Wege, tief aufatmend und wie hilflos um sich blickend, gegen das Geländer lehnt, brach die Winterstürme durch die Scheiben über der Haustür; und erleuchtete mit ihrem blauen Schein den dunklen Flur. Da wandte die franke Frau den Kopf zu ihrer Tochter. „Lina,“ sagte sie gehemmt, und ihre matten Augen leuchteten plötzlich in bedingender Verklärung. „Ich weiß es, ich werde ihn noch wiedersehen! Er kommt einmal so, wenn wir es gar nicht denken!“

„Wirst du, Mutter?“ frag die Tochter fast erschrocken.
„Mein Kind, ich meine nicht; ich weiß es ganz gewiß!“

Dann hatte sie ihr lächelnd zugestimmt, und bald lag sie zwischen den weißen Linnen ihres Bettes, welche in wenigen Tagen ihren toten Leib umhüllen sollten.

In dieser letzten Zeit hatte Hans Kirch seine Frau fast keinen Augenblick gelassen; der Wunsch, der ihn sonst im Geschäft nur zur Hand ging, war schier verwirrt geworden über die ihn plötzlich treffende Selbstverantwortlichkeit; aber auch jetzt wurde der Name des Sohnes zwischen den beiden Eltern nicht genannt; nur da die schon erlöschenden Augen der Sterbenden weit geöffnet und wie suchend in die leere Kammer blickten, hatte Hans Kirch, als ob er ein Versprechen gebe, ihre Hand ergriffen und gedrückt; dann hatten ihre Augen sich zur letzten Lebensruhe zugehen.

Aber wo war, was trieb Heinz Kirch in der Stunde, als seine Mutter starb?

Ein paar Jahre weiter, da war der späte Siebel des kirchlichen Hauses abgebrochen und statt dessen ein volles Stockwerk auf das Erdgeschloß gesetzt worden, und bald kaufte eine junge Wirtschaft in den neuen Zimmern des Oberbaues; denn die Tochter hatte den Sohn eines wohlhabenden Bürgers aus der Nachbarstadt geheiratet, der dann in das Geschäft ihres Vaters eingetreten war. Hans Kirch begnügte sich mit den Räumen des alten Unterbaues; die Schreibstube neben der Haustür bildete zugleich sein Wohnzimmer. Dahinter, nach dem Hofe hinaus, lag die Schlafkammer; so lag er ohne viel Treppensteigen mitten im Geschäft und konnte froh des anrückenden Greisenalters und seines jungen Partners die Fäden noch in seinen Händen halten. Anders stand es mit der zweiten Seite seines Lebens; schon mehrmals war ein Wechsel in den Magistratspersonen eingetreten, aber Hans Kirch hatte keinen Finger darum gerührt; auch, selbst wenn er darauf angesprochen worden, kein Für oder Wider über die neuen Wahlen aus seinem Munde gehen lassen.

Tagegen schlenderte er jetzt oft, die Hände auf dem Rücken, bald am Hafen, bald in den Bürgerpark, während er sonst auf alle Spaziergänge nur mit Verachtung herabgesehen hatte. Bei anbrechender Dämmerung konnte man ihn wohl auch draußen über der Stadt auf dem hohen Ufer sitzen sehen; er blickte dann in die offene See hinaus und schien keinen der wenigen, die vorübergingen, zu bemerken. Trau es sich, daß aus dem Weindrot ein Schiff hervorbrach und mit vollen Segeln auf ihn zukommen schien, dann nahm er seine Röhre und strich mit der anderen Hand sich zitternd über seinen grauen Kopf. Aber nein, es geschahen ja keine Wunder mehr; weshalb sollte denn auch Heinz auf jenem Schiffe sein? — Und Hans Kirch schlochte sich und trat fast zornig seinen Heimweg an. (Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Die Regelung der Paffrage.

Kein polnisches Einreisevisum.

Nach einer beim Senat eingegangenen Mitteilung des Oberkommissars des Bänderbundes in Danzig hat die polnische Regierung gegen seine Entscheidung vom 30. August betr. die Ungültigkeit der Forderung von Einreisevisum für Ausländer bei Reisen nach Danzig keine Bemerkungen eingelegt. Da inzwischen die auf der Junitagung des Rats zwischen Danzig und Polen generell vereinbarte Frist von 40 Tagen verstrichen ist, ist die Entscheidung rechtskräftig geworden.

Um Irrtümer zu vermeiden, sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die Entscheidung lediglich festsetzt, daß die polnischen Konsulate im Auslande (Deutschland, England, Amerika usw.) von einem Ausländer (Deutschen, Engländer, Amerikaner usw.), der nach Danzig reisen will, nicht verlangen können, daß er seinen Paß visieren läßt. Es sei denn, daß er polnisches Gebiet in einem gewöhnlichen Eisenbahnzuge (für die sog. Korridorzüge ist auch kein Visum nötig) durchfährt, dann kann nach den polnischen Bestimmungen, die nicht nur für Reisen nach Danzig gelten, ein Durchreisevisum gefordert werden.

Der Flugzeugbau in Danzig.

Der Rat des Bänderbundes hat zu der Frage Herstellung von Luftschiffmaterial in Danzig Stellung genommen und nach einem Gutachten der Luftfahrerkommission dahin entschieden, daß in Danzig Luftschiffmaterial hergestellt werden darf, welches nicht als Militärflugzeuge oder Militärluftschiffe anzusehen ist. In dem Gutachten werden die näheren Einzelheiten bekanntgegeben.

Die Kartoffeleinfuhr aus Polen.

Wie der Senat in den heutigen Zeitungen bekanntigt, werden in diesen Tagen Ausführserne für Kartoffeln aus Polen erteilt werden. Die zur Ausfuhr vorläufig in Betracht kommenden Mengen sollen lediglich den Bedarf der Bevölkerung bis zum 1. April, also nicht für das volle Wirtschaftsjahr, decken.

Die einzelnen Verbraucher, sowie auch Händler werden auf diesen Umstand hingewiesen, damit die beantragten Mengen in einen entsprechenden Rahmen hineinfallen. Der Bedarf für die Zeit nach dem 1. April soll später eingedeckt werden.

Zusammenluß der feemännlichen Berufsverbände im Freistaat Danzig.

Der Danziger Seeschifferver., Deutscher Transportarbeiterverband, Reichsabteilung Seelute, Danziger Schiffsingenieurverein und der Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Reichsaktion Seelute, haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft feemännlicher Berufsverbände zusammen geschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich zur Aufgabe gemacht, die beruflichen und Standesinteressen der gesamten feemännlichen Bevölkerung, höherer und niedriger Charakters vor dem Parlament, den Behörden und den Arbeitgebern zu vertreten. Zum Obmann der Arbeitsgemeinschaft ist Abgeordneter E. Werner, Hevelius-Platz 1-2, als Stellvertreter R. Waldt, Hevelius-Platz 1-2 gewählt worden.

Monarchistische Propaganda auf der Bühne.

Man schreibt uns: Seitdem durch den Umsturz diverse Maulkorbgesetze gefallen sind, erleben wir täglich, wie kleine und große Klaffen in der Presse die Republik und ihre führenden Männer anbellern. Bedauerlicher aber ist es noch, wenn Komiker, Humoristen und sonstige „Vortragskünstler“ die geistlosesten und oedeften Witze über die Republik und ihre Führer reifen dürfen, ohne im Publikum auf Widerstand zu stoßen. Auf Varietätstheatern werden demonstrativ riesengroße schwarz-weiß-rote Fahnen geschwungen — alles unter dem Jubel des Publikums, das sich doch zu gewissen Zeiten aus dem Proletariat zusammensetzt. Auffallend ist es, daß selbst „Künstler“, deren Nase die Nichtzugehörigkeit zur deutsch-völkischen Partei beweist, sich in gleicher Weise hervortun. Geld stinkt nicht! Und vielleicht lassen es sich die Herren Deutschnationalen und ihre Schützlinge extra etwas kosten. Was ist dagegen zu tun? Es ist Pflicht diesen Vorgängen die größte Aufmerksamkeit zu sein und Unbilligkeiten genannter Art auf das energischste zurückzuweisen. Man braucht nicht gleich mit faulen Eiern oder Aepfeln zu werfen, es genügen andere Mittel, um den Vortragenden zu zeigen, daß man nicht gewillt ist, derartige Belästigungen hinzunehmen. Näher nahm Mahnungen nicht, dann müssen Schelte bei den leitenden Direktoren unternommen werden und hilft dies nichts, dann muß sich die Öffentlichkeit etwas näher mit derartigen „Kunststücken“ beschäftigen. Es müßte mit dem Zauber zugehen, wenn man dieser Gelegenheit nicht Herr werden könnte. Die Arbeitgenossen dürfen nicht durch belästigende Aufnahme oder auch nur stillschweigende Duldung von abvernen Lauffähigkeiten und Fleißhaftigkeiten in Vergnügungs-„Kunststücken“ den Reaktionen den Rücken steilen und den Boden ebenen helfen.

Ein zweites Schadenfeuer brach Montag mittag auf dem Rittergut Schwintsch bei Praust aus. Am Donnerstag voriger Woche verbrannte bereits eine Scheune mit 300 Fuhren Heu und Stroh. Diesmal wurden Scheune und Stall mit wertvollem Inhalt vernichtet. Die Danziger Feuerwehr beteiligte sich ebenfalls an der Bekämpfung des Feuers.

Gesundheitschädliches Kinderpielzeug. Es ist in letzter Zeit mehrfach das Auftreten von Kinderpielzeug festgestellt worden, das mit bleihaltigen wasserlöslichen Farben angestrichen ist. Das Spielzeug ist daran kenntlich, daß es ganz oder teilweise gelb gefärbt ist, und die Farbe leicht, z. B. beim Abreiben mit dem nassen Finger, abgeht. Diese Spielzeuge bedeuten für die Kinder eine große Gefahr, da die Farben leicht in den Mund gelangen und das darin enthaltene Blei schwere gesundheitliche Schädigungen herbeiführt. Kann Gerade die bevorstehende Weihnachtszeit bringt einen vermehrten Verbrauch an Kinderpielzeug und damit eine vergrößerte Gefahr für die Kinder. Vor Ankauf derart gesundheitgefährlicher Spielsachen muß dringend gewarnt werden. Es empfiehlt sich, verdächtige Proben bei der Polizeibehörde einzuliefern, damit strafrechtliche Verfolgung der Hersteller eingeleitet werden kann.

Kundliche Opfer an ... (Text continues with details of a case involving a man and a woman, possibly related to the 'Kleiner Bericht' section).

Ein von vielen ... (Text continues with details of a case involving a man and a woman, possibly related to the 'Kleiner Bericht' section).

An die Ortsvereine der sozialdem. Partei der Freien Stadt Danzig!

Werte Genossen und Genossinnen!
Baut Beschluß des letzten Parteitages berufen wir einen außerordentlichen Parteitag auf Sonnabend, den 5. und Sonntag, den 6. November 1921 (Sonnabend, abds. 7 Uhr beginnend) nach Danzig-Schidlich, Restaurant Bürgergarten (Steppuhn) Karthäuserstraße ein.

- Die vorläufige Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:
1. Bericht vom örtlicher Parteitag. Ref. Gen. B. Ohn.
 2. Das örtliche Programm. Ref. Gen. Dr. Zint.
 3. Bericht der Volkstagsfraktion. Ref. Gen. Gehl.
 4. Das Organisationsstatut. Ref. Gen. Fooker.
 5. Anträge.
 6. Wahl des Landesvorstandes und der Pressekommission.

Weitere Mitteilungen sind den Ortsvereinen direkt zu gegangen.
Mit Parteigruß
Der Landesvorstand.

Die Bekämpfung des Lebensmittelwuchers.

Der preussische Minister des Innern, Dominicus, hat am 28. September einen Erlass an die Oberpräsidenten gerichtet, in dem sie aufgefordert werden, auf die ihnen unterstehenden Polizeiorgane einzuwirken, daß diese dem Wucher mit Lebensmitteln aller Art ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden sollen. Es sollen die Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere der Lebensmittel, einer eingehenden und fortlaufenden Überwachung unterzogen werden. Die Zulässigkeit der Preissteigerungen ist durch Prüfung des Ein- und Verkaufspreises fortlaufend zu prüfen. Es soll weiter auch festgestellt werden, ob bereits früher bezogene und billiger eingelaufene Waren zurückgehalten und jetzt zu überhöhten Preisen verkauft werden. Solchen Mischgeschäften soll unter allen Umständen nach Maßgabe der Verordnung gegen Preistreiberi (Wucherverordnung) entgegengetreten werden. Die Strafpolizeibeamten sollen nötigenfalls durch besondere Unterweisung auf diesen Dienst eingestellt werden. Sie sollen auf den Mischgang der Warenpreise achten und in jedem Falle, wo nach ihrem Urteil Preistreiber vorliegt, Anzeige erstatten. Ebenso sollen sie ihnen zugehenden Mitteilungen und Beschwerden aus den Kreisen des kaufenden Publikums nachgehen.

Angesichts der gegenwärtigen geradezu wahnwitzigen Preistreiberi ist diese Verordnung (auch für Danzig) ganz besonders am Platze. Das ergibt sich allein schon daraus, daß das genannte Ministerium aus Händler- und Produzentenkreisen geradezu bestärkt wird, die Verordnung zurückzuführen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Aber wenn das Ministerium nicht doch noch in seiner bisherigen Haltung weilt, dann ist es notwendig, daß auch die Konsumenten sich rühren und durch Anzeige jedes einzelnen Falles von Preistreiber an die örtlichen Behörden den Beweis für die Notwendigkeit der Verordnung bezw. ihrer Aufrechterhaltung erbringen. Jetzt sind es besonders zwei Mittel für den Massenbedarf, die sich der besonderen Vorliebe aller Lebensmittelwucherer erfreuen: Kartoffeln und Zucker. Die Staatsanwaltschaft in Danzow ist legitim gegen eine ganze Anzahl von Landwirten, die über einen Preis von 40 Mark für den Zentner Kartoffeln erheblich hinausgegangen, strafrechtlich eingeschritten und hat ihre Verurteilung zu Gefängnisstrafen ergriffen. Wenn sich überall solche Staatsanwälte finden, so würde der Wucher wohl bald verschwinden. Betroffen des Zuckers sind ebenfalls Fälle noch nicht bekanntgeworden, obwohl auch hier ein Eingreifen dringender notwendig. Die Zuckerwarenwirtschaft ist aufgehoben, die Zuckerwirtschaftsstelle, in der bisher die Verbraucher gar nicht vertreten sind, hat eine Art der Vertretung des Zuckers beschlossen, die den Wucher geradezu begünstigt. Die Folge ist denn auch, daß kein Zucker da ist — oder aber zu Preisen, die in keiner Weise gerechtfertigt sind. Der Zucker kostet jetzt ab Magdeburg der Zentner 350 Mark. Danach brauchte der Zucker im Kleinhandel nicht mehr als 420 Mark das Pfund zu kosten. In Wirklichkeit wird 6,50 und 7 Mark verlangt, was so teuer zu heißen ist. „Mafarisch“ wird der Zucker zum Teil als „Auslandszucker“ angeboten. Das ist in 99 von 100 Fällen glatter Schwindel. Gelder ist von unserer Regierung nicht zu hoffen, daß sie diesen empfehlenswerten Wegem folgt. Sie wird wie bisher dem Kaufpländerung tatenlos zusehen und alle als „Verbrecher und Veger“ bezeichnen, die gegen die weitere Verelendung der Bevölkerung an kämpfen.

... (Text continues with details of a case involving a man and a woman, possibly related to the 'Kleiner Bericht' section).

... (Text continues with details of a case involving a man and a woman, possibly related to the 'Kleiner Bericht' section).

Verjammlungs-Anzeiger

- Sozialdemokratischer Bezirk Danzig-Stadt:
1. Bezirk (Stadtviertel zwischen Hbf. Station & Gendarmenpl.)
Mittwoch, den 19. Oktober, abds. 8 1/2 Uhr, in der Gellige Seitengasse 111: Bezirksversammlung, Stellungnahme zum Statut und zum Programm. Delegiertenwahl und Abrechnung.
 5. Bezirk (Bangstraße):
Mittwoch, den 19. Oktober, abds. 8 1/2 Uhr, bei Straßbrunnhöfer Weg 34: Bezirksversammlung, Lagebericht, Stellungnahme zum Statut und zum Programm. Wahl von Delegierten. Abrechnung.
- Jüngergruppe des Lehrervereins „Die Reformpäd.“:
Mittwoch, den 19. Oktober, 7 1/2 Uhr nachmittags, im Heim (Stadtkern): Sing- und Spielfest.
- Bezirk Arbeiter-Jugend Danzig:
Freitag, Mittwoch, den 19. Oktober, abds. 7 Uhr: Fortsetzung der Mitgliederversammlung im Heim, Reiterstraße, Zimmer 81.

Kleine Nachrichten.

Eine Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Parteigenossen gab es gestern abend in Striegan. Nach der Beschlusssitzung hat sie sich wie folgt zugetragen: Der Deutsche Offiziersklub hatte einen Vortrag angelehrt, in dem Admiral Scheer über die Taten der deutschen Hochseeflotte im Weltkrieg sprach. Bei Beginn forderten Arbeiter die Klärung des Lokals innerhalb zehn Minuten. Der Parteisekretär hat daraufhin die Arbeiter, den Vortrag anzuhören, wobei er darauf hinwies, daß man in Admiral Scheer den Mann vor sich habe, der 1917 sieben Matrosen erschossen ließ. Darauf folgte ein wilder Tumult ein. Der Redner wurde von der Galerie mit Beschlägen beworfen, und es wurde sofortige Entfernung der deutschen Kriegsflagge von der Bühne verlangt. Zwischen den Parteien entspann sich eine wilde Schlägerei, wodurch der Vortrag verhindert wurde.

Neues Heilmittel gegen Soppilis. Dr. Roux, Leiter des Pasteurischen Instituts in Paris, hat der Akademie der Wissenschaften eine wichtige französische Entdeckung zur Verhandlung der Soppilis durch Muskelinjectionen von Bismulfat unterbreitet. Hundert Kranke sollen damit bereits geheilt worden sein.

Standesamt vom 19. Oktober 1921.

| | |
|-------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Todesfälle: | Witwe Margarete Spohnmann geb. Brandstätter, 66 J. 9 M. — Schirmmeister Julius Kugler, 61 J. 6 M. — Fürjägermeister Heinrich Klobbe, 19 J. 7 M. — Tochter Emil Lukas, 33 J. 10 M. — Frau Amanda Schwabland geb. Hols, 61 J. 7 M. — Arbeiter Johann Rühl, 53 J. — Polizeiwachmeister a. D. Max Ahmus, 30 J. 7 M. — Witwe Rosalie Draffke geb. Barisch, 74 J. |
|-------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Polizeibericht vom 19. Oktober 1921. Festgenommen: 23 Personen, darunter 1 wegen Betrugs, 4 wegen Diebstahls, 1 zur Festnahme, 16 in Polizeigewahrsam, 1 Obdachlos, 1 Berlin.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

| | | |
|-------------------|-------------------|-----------------|
| Polnische Mark: | (Wegl. 3,40) 4,00 | am Vortage 4,95 |
| Dollar: | 175 | 180 |
| Engl. Pfund: | 670 | 685 |
| Frank. Franken: | 1270 | — |
| Schweiz. Franken: | 3320 | — |

Warenpreisnachrichten am 19. Oktober 1921.

| | 17. 10. | 18. 10. | | 17. 10. | 18. 10. |
|----------|---------|---------|-------------|---------|---------|
| Janisch | 0,35 | 0,38 | Blauweiche | 0,80 | 0,78 |
| Marshall | 0,51 | 0,51 | Blau | 0,81 | 0,81 |
| Platz | 0,22 | 0,21 | Blau | 0,83 | 0,83 |
| | 18. 10. | 19. 10. | Blau | 0,83 | 0,83 |
| Thorn | 0,15 | 0,16 | Schleimhaut | 2,80 | 2,80 |
| Forban | 0,35 | 0,34 | Schleimhaut | 2,80 | 2,80 |
| Calin | 0,49 | 0,48 | Schleimhaut | 2,80 | 2,80 |
| Graben | 0,40 | 0,39 | Schleimhaut | 2,80 | 2,80 |
| Rugbrack | 0,04 | 0,04 | Schleimhaut | 2,80 | 2,80 |

Gosda Schnupftabak
garantiert rein gekautelt.
Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hainbergstr. 16.
Verantwortlich für den reaktionellen Teil: Fritz Waber, Danzig; für Interesse Bruno Ewert in Oliva — Druck und Verlag von J. Wahl u. Co., Danzig.

Milchige Bekanntmachungen.

Ausfuhrscheine für Kartoffeln aus Polen.

Die Außenhandelsstelle des diplomatischen Vertreters der Republik Polen, Danzig, Neugarten Nr. 27, wird auf meinen Antrag in einem bestimmten Rahmen Ausfuhrscheine für Kartoffeln aus Polen erteilen.

Im Freistaatsgebiet anfallige Kartoffelhändler, welche in der Lage sind, Kartoffeln aus Polen nach Danzig einzuführen, haben (unabhängig davon, ob sie bereits früher Anträge eingereicht haben oder nicht) ihre Anträge unter genauer Angabe ihrer Fa. bezw. Adresse und der beantragten Kartoffelmenge an den Senat, Abtlg. für Ernährung, Wiebenaferne, Flügel D, Zimmer Nr. 1, bis möglichst

Donnerstag, den 20. Okt. mittags 1 Uhr einzureichen. Auf dem Briefumschlag ist zu vermerken „Betrifft Kartoffeleinfuhr“. Die bei der genannten Stelle eingegangenen Anträge werden mit größter Beschleunigung an die Außenhandelsstelle des diplomatischen Vertreters der Republik Polen weitergegeben werden. Von dieser Stelle, welche die gestellten Anträge mit größter Beschleunigung bearbeiten wird, sind sodann die Ausfuhrbewilligungen, soweit den Anträgen wird stattgegeben werden können, baldmöglichst abzuholen.

Soweit Kartoffelhändler als Beauftragte oder Bevollmächtigte von einzelnen Gemeinden oder von einzelnen Betrieben für deren Beamte, Angestellte oder Arbeiter Anträge stellen, sind hierüber entsprechende Erklärungen abzugeben, insbesondere über die Zahl der in Betracht kommenden Personen, möglichst unter Beifügung einer Abschrift der Auftrags- oder Vollmachts-erklärung.

Die in Betracht kommenden Kartoffelhändler werden ersucht, nur solche Mengen zur Ausfuhr zu beantragen, die sie auch tatsächlich einführen können und die sie wenigstens auch zu einem Teil für gewisse Zeit auf Lager nehmen können.

Haushaltungsvorstände erhalten direkt bei der Außenhandelsstelle des diplomatischen Vertreters der Republik Polen Ausfuhrscheine lediglich für den Bedarf der zu ihrem Haushalt gehörigen Personen. Entsprechende Anträge sind dorthin zu richten, mit der Mahgabe, daß für jede dem betreffenden Haushalt angehörende Person bis zu 2½ Ztr. beantragt werden können.

In gleicher Weise wie die Haushaltungsvorstände erhalten direkt bei der Außenhandelsstelle des diplomatischen Vertreters der Republik Polen Ausfuhrscheine diejenigen Betriebe, welche für ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter Kartoffeln aus Polen ohne Vermittlung eines Kartoffelhändlers beziehen wollen.

Es sei hierbei sofort darauf hingewiesen, daß jeder etwaige Handel mit ausgehändigten Kartoffelausfuhrscheinen nach der Verordnung gegen Preistreiberei strafbar ist und daß gegen solchen Handel, bei dem sich sowohl Käufer wie Verkäufer von Scheinen strafbar machen, mit allen Mitteln und den härtesten Strafen vorgegangen werden wird. Kartoffelausfuhrscheine, welche aus irgend einem Grunde nicht für die Ausfuhr benutzt werden können, sind an den Senat, Abtlg. für Ernährung, abzuliefern.

Danzig, den 19. Oktober 1921. (5382)
Der Senat.

Kaufhaus „Zur Fähre“
38 Langebrücke 38
Ständig günstige Einkaufsgelegenheit in
**Arbeiterbekleidung,
Strickwaren und Wolle**

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 19. Oktober, abends 7 Uhr:
Dauerkarten D 2.

Die Königskinder

Märchenoper in 3 Aufzügen. Musik von Engelbert Humperdinck. In Szene gesetzt von Oberregisseur Julius Brischke. Musikalische Leitung: Otto Seiberg. Inspektion: Otto Friedrich.

| | |
|------------------------------|----------------------|
| Der Königsohn | Fredy Busch |
| Die Köningin | Ely Blablich |
| Der Spielmann | Ernst Claus |
| Die Hege | Margarete Neff |
| Der Holzhacker | Richard Ludewigs |
| Der Besenbinder | Walter Mann |
| Sein Töchterchen | Erna Benjer |
| Der Ratsälteste | Dr. Friedr. Schrader |
| Der Wirt | Georg Harder |
| Die Wirtstochter | Gertrud Welling |
| Der Schneider | Franz Wagner |
| Die Stallmagd | Alice v. d. Linden |
| Erster Torwächter | Alfred Brandes |
| Zweiter Torwächter | Adolf Wehrle |

Ende gegen 10¼ Uhr.

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2
„Polak und Perlmutter“. Komödie in 3 Akten.
Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 1. „Die Jüdin“.

Sonnabend, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 1. Ermäßigte Preise. Neu einstudiert: „Die Hermannskinder“. Drama in 5 Aufzügen von Heinrich von Kleist.

Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Norman

Heute, Mittwoch, den 19. Oktober,
abends 7¼ Uhr

Gastspiel des 1. jugendl. Helden
Ernst Deutsch
vom Staatstheater in Berlin.

„Der Sohn“

Drama in 5 Akten von Walter Hasenclever.

Donnerstag: Geschlossen.

Freitag, den 21. Oktober,

abends 7¼ Uhr

„Die Postmeisterin“

Operette in 3 Akten von Leon Jessel.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Frymann, Kohlenmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (5245)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Robert Ehmann

Altstadtdischer Graben 3
neben der Tabakfabrik M. A. Hassel.

Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren
Anfertigung aller Herrengarderobe nach Maß

Spezialabteilung für
Damen-Kostüme und -Mäntel
Herren-, Knaben- und Kinder-Konfektion
Berufskleidung. (4780)

Die große Kunst, bestens und stimmungsvoll unterhalten zu werden, pflegt sehr sorgsam jetzt in seiner Großen Saison das beliebte

8 Uhr!

Fred Dreßler Adami-Quartett
der geistvolle Humorist
sowie
eine weitere Auswahl
erstklassiger Künstler
Wie immer:
Die beste Musik!



Brett!
Große Allee
(5381)

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Benennung
sachliche Vertretung
Arbeitervereine
- Bierbäckerei -
sein Poltzenverfall
Sinnige Karte für
Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureau
der Arbeiterorganisationen
und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 36.

Apollo Lichtbild-Theater
III. Damm 3. (5379)
Spielplan v. 19. bis 21. Oktober 1921
Nur 3 Tage!
Der Mann ohne Namen!
Sensations-Abenteuer-Freizeitspiel in 6 Teilen nach dem Roman „Fater Voh, der Millionendieb“, V. Teil:
Der Mann mit den eisernen Nerven!
5 äußerst spannende Akte. Hauptdarsteller:
Harry Liedtke Mady Christians
Ein stilles behagliches Nest! Schwach in 2 Akten.
Die verflixten Koffer Lustspiel in 2 Akten.

Pa. ostpr. Preßtorf
höchste Heizkraft
Trockenes, gesundes und ofenfertiges
Brennholz liefern ab Lager
Eintragungen in die Kundenliste zur Belieferung mit
Kohlen etc. erfolgen im Kontor.
Poggenpfehl 95 und Schuppen **Karrenwallplatz.**
Klingbell & Co.,
Kohlenhandlung. (5235)



MALPAUS' RARITÄT
Die unübertroffene
Qualitäts-Cigarette
5307

Ein
and
das nie erlischt, sind
Ferdinand Lassalle's
Werke. Fr. Diederich
hat in seinem o-
eben erschienenen
Lassalle-Brevier
in wundervoll. Aus-
wahl u. Gruppierung
das Beste aus Las-
salle's Lebenswerk
zusammengestellt.
Das Buch ist zum
Preis von Mk. 9,50 u.
20% zu haben in der
Buchhandlung
Volksrecht
Am Spendhaus 6 u.
Paradiesgasse 32.



Fahrräder
prima Bereifung, nur
Qualitätsware, zu den
billigsten Tagespreisen.
Großes Lager in
Griaz- und Zubehörsachen.
Reparaturen
sachgemäß schnell u. billig.
**Erstes Danziger
Fahrrad-Haus**
Röhl u. Heldenreich,
Breitgasse 58. Tel. 2701.

**Supier, Messing
Blei, Zink usw.**
kauft zum Tagesprets (4900
Arndt, Pfefferstadt 31.

Zuschneide-Schule
für Damen-, Herren- und Wäsche-Schneiderer
1. Lehrkursus
Weltruf! Leichtfaßlich, sicherstes System für
jeden Körperbau ohne Hilfsmittel.
Einzige **Zuschneide-Schule des Ostens**
für Schneiderer und Wäsche. 5231
Dir. Ed. Lippke, Langgasse 38 I.
Pomeran 1384.



BORG
FÜR QUALITÄT RAUCHER
Die berühmte
STAMBUL
mit
KORK und GOLD
5319

Wirkungsvolle
Plakate
in jeder Größe
liefert in kürzester Frist
Danziger Volksstimme
Am Spendhaus 6
Tapeten Danziger Tapetenhaus
Hellige Geistgasse Nr. 97
Nähe 1. Damm (5318) Telefon 2431

Stroh-
Panama-
Velour-
Filtz-
Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten
Formen bei sorgfältigster Ausführung in
kürzester Zeit
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
nur **Lawendelgasse Nr. 6-7.**
(gegenüber der Markthalle). (4388)

Wer **Nervenschwäche** nervösen Beschwer-
den jeder Art leidet
verlange kostenlos ausführl. freil. Broschüre über Nervenkuren
Dr. Gahhard & Co., Berlin, Potsdamer Straße 104 b. (3434)

Hausfrauen spart Gas!
Warum Ärgern Sie sich über Ihr
schlechtbrennendes Licht
Vorbei mit
den enorm
hohen Gasrechnungen!
Sie erhalten durch mich einen neuen Gasapparat, welcher
in keinem Haushalt fehlen darf.
Vermöge dieser einfachen, praktischen und konkurrenzlos
billigen Vorrichtung, welche durch jedes an spielend
leicht an jeder Gaslampe befestigt werden kann, ist jeder
Gasverbraucher nicht nur in der Lage ca. 50 Prozent
Gas (also die Hälfte der Gasrechnung) zu sparen, sondern
er verbessert sogar bei dunklen Brennern die Helligkeit
des Gaslichtes um ca. 300 Prozent.
Die Apparate sind tausendfach erprobt und liegen An-
erkennungen aus allen Kreisen vor.
Versand per 3 Apparate durch Nachnahme in Höhe v. Mk. 26.—
E.A. Bork, Hamburg 19, Eppendorferweg 17.
Vertreter an allen Orten gesucht